

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postreitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 30.

Mittwoch, den 5. Februar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Der Königsmord in Portugal.

Die Ereignisse, denen der König Carlos und der Kronprinz zum Opfer gefallen sind, beweisen, daß man auch in Portugal nicht ungestraft eine Politik treiben darf, die in unsere Zeit nicht mehr paßt. König Carlos hatte sich mit dem Ministerpräsidenten Franco in einer Unterredung mit dem Redakteur des „Temps“ ausdrücklich solidarisch erklärt. Der König wollte mit dem Volke nicht mehr rechnen, das er, wie er sich damals rühmte, vollständig beherrschte. So hat er mit dem Tode rechnen müssen. Gewiß ist die Art, wie Don Carlos beseitigt wurde, schrecklich, aber es muß auch gesagt werden, daß die gewalttätige Art, die der König angewandt hatte, um den Willen des Volkes zu brechen, es war, die zu ebenso gewalttätigen Mitteln der Verteidigung geführt hat.

Der König und der Ministerpräsident Franco hatten gesehen, daß sowohl die republikanische Partei, als auch die oppositionellen monarchischen Parteien vollständig desorganisiert waren. Deshalb glaubten sie, sich über die Gesetze der Konstitution vollständig hinwegsetzen und ganz nach Willkür herrschen zu können, nur um die engsten dynastischen Interessen und den persönlichen Vorteil besorgt. Denn die portugiesische Diktatur wurde errichtet, um den Protest des Volkes gegen die Geldvorschuße, die die Regierung dem König ohne Bewilligung des Parlaments und selbst ohne Mitteilung an das Parlament gemacht hatte, nicht beachten zu müssen. Um die Diktatur zu rechtfertigen, wenn dies überhaupt möglich wäre, hatte Franco versprochen, eine Reihe von politischen und ökonomischen Reformen einzuführen. Um die Gunst der Bourgeoisie zu gewinnen, sollten auch Maßnahmen gegen die Geldkrise, die die Industrie und den Handel des Landes zu ruinieren drohte, getroffen werden. Aber Franco war nicht allein vollständig unfähig sein Reformprogramm durchzuführen, sondern die Geldkrise wurde schlimmer als je. Infolgedessen schlossen sich viele einflussreiche Männer aus der Welt des Handels und der Industrie, welche bisher zur Partei Francos gehört hatten, nunmehr der republikanischen Partei an.

Um die Unzufriedenen ein wenig zu beruhigen, versprach Franco die Rückkehr zur Gesetzmäßigkeit und die Einberufung des Parlaments. Um zu zeigen, daß es ihm mit seinen Versprechungen ernst sei, kündigte er an, daß die Wahlen am 5. April dieses Jahres stattfinden würden. Aber die Regierung wollte sich ein Parlament verschaffen, das bedingungslos, ohne zu muskeln, alle diktatorischen Befehle billigen sollte. Deshalb verhinderte sie gewalttätig alle Wahlversammlungen, alle öffentlichen Manifestationen und selbst jede Art von Wahlagitation in der Presse. So ging noch weiter. Sie begann eine gehässige Verfolgung gegen alle eintägigen bekannten Persönlichkeiten der Opposition. Da sie mußte, daß das aus fünf Personen bestehende Wahlkomitee der republikanischen Partei sich zur Erledigung von Wahlgeschäften und Aufstellung der Kandidaten in dem Casino do Largo de San Carlos versammeln würde, ließ die Regierung das Lokal durch die Polizei schließen mit dem Auftrage, die Komiteemitglieder zu verhaften, wenn sie es wagen sollten, zu erscheinen.

Man begreift, daß diese Maßregel Proteste der wenigen republikanischen und progressivsten Zeitungen auslöste, welche noch nicht unterdrückt waren. Diese Proteste führten zur Einkerkung des republikanischen Führers Alfonso Costa, des bekannten Journalisten Soao Changas und des Herausgebers der „O Mundo“, M. Franca Borges. Dabei blieb die Regierung noch nicht stehen. Um sich von ihren Feinden zu befreien, ließ sie auch die progressivsten Führer Pinto Santos, Ribera, Bravo, Egas Monys und noch mehrere andere arrestieren. Angesichts dieser Tatsachen erließ die republikanische Partei am 26. Januar 1908 ein Manifest, das wir wegen seiner Bedeutung nach den letzten Ereignissen wiedergeben wollen. Der Wortlaut des Manifestes ist folgender:

Portugieser! In ihrem Kampfe gegen den Willen der Nation begnügt sich die Diktatur nicht an der Unterdrückung der konstitutionellen, lokalen und individuellen Freiheiten der Presse, der Versammlungen und der Manifestationen. Sie schreitet darüber hinaus zur Vernichtung der Personen. Zu der Bezahlung der Schulden des königlichen Hauses und der Vermehrung der Zivilisten kommt jetzt die Willkür gesetzlicher Einkerkungen. Wir können voraussehen, daß diese Gewalttaten zu Repressalien führen werden. Deshalb hält es das republikanische Komitee für notwendig, zu einem Zeitpunkt, in dem die Erregung der Geister so stark ist, angesichts der Haltung der Diktatoren mit Nachdruck zu erklären, daß

das, was das Komitee und die Partei wollen, die Unterdrückung der Willkürherrschaft ist, nicht aber die Vernichtung der Personen. Wir haben volles Vertrauen zu unserer Sache, zur geheiligten Sache der Unabhängigkeit und der Würde des Vaterlandes. Die republikanische Partei schreitet mit Sicherheit dem Siege entgegen, weil auf ihrer Seite alle Kräfte des freien und heroischen Geistes des portugiesischen Volkes stehen. Keine Person, mag ihre Wut gegen das Volk sich noch so grausam äußern, ist imstande, sie in ihrem siegreichen Vormarsch aufzuhalten.

Als Antwort auf dieses Dokument veröffentlichte die Zeitung „O Diario Illustrado“, das Organ Francos, einen Artikel, in dem erklärt wurde, man würde öffentliche Unordnungen nicht zulassen. Die Republikaner und Monarchisten hätten mehr als genug gesetzliche Möglichkeiten, um sich zu verteidigen und zu kämpfen. Dieser zynischen Erklärung folgte die Verdoppelung der Verfolgungen, die Konfiskation der Korrespondenz und der gesamten ausländischen Presse.

Zur selben Zeit machten sich Neigungen bemerkbar, die auf eine gewalttätige Aktion hinzzielten. Die Truppen wurden in den Kasernen konzentriert. Franco selbst ließ sich in Lissabon nicht mehr sicher und verlegte seinen Wohnsitz nach Carnide, 6 Kilometer von Lissabon, wo er sein Schloß von Soldaten überwachen ließ. Am 28. Januar griffen einige Gruppen die Polizeiposten an. In Lissabon und in Porto gab es einige Aufläufe. Schließlich sind am Sonntag der König und der Thronfolger gefallen, wie sichtsichtiges Wild getroffen von dem Feuer einiger Pistolen aus der Reihe der Menge, während sich Herr Franco wie durch ein Wunder dank der Schnelligkeit seiner Pferde retten konnte.

Soweit die Tatsachen. Bei der Desorganisation der politischen Parteien in Portugal wird die gewaltsame Beseitigung des Königs und des Thronfolgers keine Bedeutung für das Glück des portugiesischen Volkes gewinnen. Aber wenn solche gewalttätigen Vorgänge sich abspielen, wer trägt daran die Schuld? Die objektive Aufzählung der Tatsachen ist nach unserer Meinung eine sehr berechtigte Antwort.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Gewerkschaftsfeindlichkeit und Arbeiterfeindlichkeit des Reichstages.

Der Antrag unserer Fraktion, die Marineverwaltung anzuweisen, die Festschließung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben unter Mitwirkung der Gewerkschaften vorzunehmen, d. h. also, den Herr-im-Hause-Standpunkt aufzugeben und das moderne Verhandlungsprinzip anzuerkennen, ist bekanntlich am Sonnabend vom Reichstage in namentlicher Abstimmung mit 115 gegen 166 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt worden. Es ist interessant, aus den Abstimmungslisten festzustellen, welche Parteien sich hier wieder einmal selbst in das Licht schärffster Gegnerlichkeit gegen die Arbeiterorganisationen aller Richtungen gestellt haben. Einmütig ist für unseren Antrag außer unserer Fraktion, die sehr zahlreich vertreten war, nur das Zentrum eingetreten. Die freisinnigen Blockbrüder, die sich als die Protektoren der Hirsch-Dunkerischen Gewerksvereine aufspielen, haben einmütig gegen unseren Antrag gestimmt, mit alleiniger Ausnahme des Elmshorner Großfabrikanten Carlstens. Der alte ehrliche Träger hat sich der Stimme enthalten, der Ritter Dr. Leonhart von der Volkspartei, aber tapfer dem erkrankten Abg. Gothein gefolgt, Dr. Neumann-Hofer hat mit den ganzen übrigen Freisinnigen mit Nein gestimmt. Es haben somit von den Freisinnigen das Geständnis der Gewerkschaftsfeindschaft abgelegt die Abgeordneten Althorn (der Reichstagsabgeordnete für den 1. oldenburgischen Wahlkreis), Reichsgraf von Bothmer, Buddeberg, Cuno, Dr. Delbrück, Dr. Dohrn, Dr. Doornik, Dove, Enders, Fischbeck (natürlich!), Ghyling, Dr. Hermes, Hormann, Kämpf, Kobelt, Müller-Sterlohn, Müller-Meinungen, Dr. Mugdan, Pachticke, Dr. Pfundner, Schmidt-Halle, Sommer, Spethmann, Storz und Wieland. Die nationalliberale Fraktion hat geschlossen gegen unseren Antrag gestimmt, einschließlich ihres Leipziger Renommierliberalen Dr. Junck. Die Wirtschaftliche Vereinigung, deren Redner, der Abg. Dr. Burckhardt, lebhaft für unsern Antrag eingetreten war, hat in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit es gleichfalls vorgezogen, sich auf die Seite der Arbeiterfeinde zu schlagen. Selbst der Vorsitzende einer pseudogewerkschaftlichen Organisation, Herr Schack, der Leiter des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, hat gegen die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Festschließung der Arbeitsbedingungen gestimmt. Ebenso hat die ganze

Reformpartei, die Konservativen und die Reichspartei (mit der einzigen Ausnahme des harmlosen Christlich-Sozialen Linz) sich gegen jede Konzession an den Fabrikationalismus erklärt.

Der Antrag der Budgetkommission, bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben wenigstens die Arbeiterausschüsse mitwirken zu lassen, fand bekanntlich mit 213 gegen 67 Stimmen Annahme. Auch hier sei den Abgeordneten, die die Arbeiterfeindlichkeit selbst über die Mugdan und Pachticke hinausgetrieben haben, die Feststellung ihrer Namen nicht erspart. Einstimmig arbeiterfeindlich und selbst gegen jede patriarchalische Scheinkonzession an die Arbeiter sind die Konservativen, von denen nur der Mecklenburger Dr. Droscher, ein Herr Bolke und ein Herr Dr. Giele die wertlose Konzession der Mitwirkung abhängiger Arbeiter in den Arbeiterausschüssen machten. Auch die Reichspartei unter Führung des gefesselten Gamp hat durchgängig mit Nein gestimmt. Charakteristisch ist aber vor allem, daß eine große Zahl von Nationalliberalen und Wildliberalen sich selbst gegen die Arbeiterausschüsse erklärt hat. Auch gegen die Resolution der Budgetkommission haben von den Nationalliberalen gestimmt der Landrat Dr. Bärwinkel, der Forster Kommerzienrat Bahn, Bendisch, Feldmann, Hagemann, der Reichsverbändler Herr v. Liebert und der Fürst Hayfeld stimmten ebenso wie der Präsident Graf Stolberg und der nationalliberale Vizepräsident Dr. Pasche auch beidemal mit Nein! Hausmann, Langensfeld, Lehmann-Jena, natürlich auch einer von den Reichsverbandsleuten, Link, Nehbel, v. Schubert, Stummacher, Erbe und Schwiogerlohn, Dr. Semler, der Freund des guten Reichskanzler-Champagners, Wehl und v. d. Wente. Man sieht, daß die Nationalliberalen sich an Arbeiterfeindlichkeit von keiner anderen Partei des Reichstages übertreffen lassen wollen.

Der Freisinn früher und jetzt.

Zu den beliebtesten Redensarten freisinniger Bezirksvereinsredner gehört die Behauptung, daß die Freisinnige Volkspartei im Sinne der Überlieferung Eugen Richters „liberale Grundzüge“ hochhalte. Soweit es sich darum handelt, an der Seite der Schatzmacher einen hornierten Kampf gegen die Sozialdemokraten zu führen, mag das zutreffen. Ob es auch auf anderen Gebieten gilt, mag man erkennen, wenn man sich auf der einen Seite die Tatsache vor Augen hält, daß die Freisinnigen dieser Tage für die neue Flottenvorlage gestimmt haben, ohne sich auch nur im geringsten darum zu kümmern, auf welche Weise die hierdurch entstehenden Ausgaben gedeckt werden, sich aber auf der andern Seite der Reden erinnert, die Eugen Richter im Jahre 1900 gegen die damalige Flottenvorlage gehalten hat. Richter bekämpfte damals mit allen Waffen des Hohns den Standpunkt, den die freisinnige Fraktionsgemeinschaft jetzt einnimmt. Über Flottenvorlage und Deckungsfrage sprach Richter zunächst am 9. Februar 1900. Das stenographische Protokoll berichtet darüber:

Ja, sagt Herr v. Bevechow, wer die Deckungsfrage in den Vordergrund stellt, erschwert die Vorlage. (Heiterkeit links.) Ganz richtig! Aber ist es denn die Aufgabe, nur die Vorlage zu erleichtern? Was würde man denn von einem Haushalter sagen, der Ausgaben unternimmt und wenn man ihm sagt: Wissen Sie denn, wo sie die Einnahmen herbekommen? antwortet: Stören Sie mich doch nicht, das geniert mich im Ausgeben. (Sehr gut! links, Heiterkeit.)

Richter schloß: ... die Bedenken, die wir gegen den neuesten Kurs im allgemeinen haben, die schwerwiegenden neuen konstitutioneller und finanzieller Art. Gründe aus der Sache selbst, machen es uns unmöglich, auf die Grundlage dieses Entwurfes zu treten. (Beifalles Bravo links.)

Bei der zweiten Lesung am 6. Juni 1900 führte Richter aus:

Der Herr Gröber sagt: Sind wir imstande, uns die Flotte zu schaffen, dann wollen wir sie schaffen. Ja, freilich, an sich ist ein Mehr von Kriegsschiffen kein Übel. Wenn es nichts kostet, wenn aus der vierten Dimension die Gelder kämen für Schiffbau und Unterhaltung, wer wollte etwas dagegen haben? Aber das ist auch hier im Leben häufig eingerichtet, daß eine Flotte Geld kostet. (Heiterkeit.) ... Die Flottenvereiner fragen freilich nach der Rekrutierung der Sache wenig; sie haben nur die Ausgaben der Flotte gram an die Allerhöchsten Herrschaften, das ist das ganze, was sie für die Flotte opfern.

Noch deutlicher wurde Richter am Tage darauf bei der eigentlichen Beratung der Deckungsfrage. Da sagte er:

Ich kann das Zentrum nicht tadeln, daß es die Steuerfrage in unmittelbare Verbindung mit dem Flottengebot gebracht hat, daß es sich nicht auf den Standpunkt der Regierung eingelassen hat: Kommt Zeit, kommt Mann. Denn in der Tat kommt in solchen Fragen das dicke Ende nachher. Wir haben viel

Erfahrung bei der Militärvorlage 1898 gemacht, die auch demüthigt wurde, ohne die Steuerfrage in Betracht zu ziehen, und wir haben dann von 1898 bis 1896 gesehen, daß große Industriezweige im Lande durch Steuerprojekte bedrängt wurden, und man froh sein mußte, daß es nachher noch kein Verbot bei einer Erhöhung der Börsensteuer und des Lotterietempels. Ich bin also durch aus der Meinung, es ist richtig, Steuerfragen in continent (im Zusammenhang) zu behandeln, wenn es sich um Vermehrung der Lasten handelt; dann wird umso mehr das Gewissen derer geschärft, die sich zu einer Mehrbelastung entschließen, wenn sie unmittelbar gezwungen werden, sich nun auch die Konsequenzen auf dem finanziellen Gebiete zu vergegenwärtigen. Das ist namentlich heutzutage sehr nützlich gegenüber dem künstlich erzeugten Flottenrausch.

Bei der folgenden namentlichen Abstimmung stimmte die Volkspartei geschlossen gegen die Vorlage. In der Liste der Flottenopposition finden wir u. a. folgende uns besonders teure Namen: Eichhoff, Fischbeck, Koppich, Müller-Meinungen, Wiemer.

Welches freisinnige Blatt, welcher freisinnige Bezirksvereinsredner kann behaupten, daß bei der Flottenabstimmung vom 29. Januar liberale Grundzüge im Sinne der Richterschen Traditionen hochgehalten wurden? Diesmal stimmte man geschlossen ohne Rücksicht auf die völlig ungelöste Deckungsfrage für die Flottenvorlage — aus Besondere Vertrauen zur Regierung Bülow!

Der Reichstag

Begann Montag in Abwesenheit des erkrankten Kriegsministers die zweite Lesung des Militäretats. Zuerst sprachen zwei gemessene Kavalleristen, ein Herr v. Byern, der den freisinnigen Blockbruder Mertens aus Serichow verdrängt hat, und der Zentrumsmann v. Häußler. Sunker v. Byern will, daß die Kerls 4 Jahre bei der Kavallerie dienen; dagegen erklärte Herr v. Häußler mit sehr guten Gründen eine zweijährige kavalleristische Dienstzeit für völlig ausreichend. Dafür bekam er einen kameradschaftlichen Rüssel von dem bayerischen Obersten v. Gelbattel, dessen Rede der brüllende Chorus der Rechten unter Führung des stimmgewaltigen Januschauers mit demonstribativem Beifall begleitete. Dann hielt der nationalliberale Graf Drivoia eine breit-langweilige Riegersvereinsrede. Unsern Antrag auf allgemeine Einführung der einjährigen Dienstzeit bezeichnete er — natürlich! — als agitatorisch. Mit leichter Handbewegung tat Genosse Bebel den Wiemer der Nationalliberalen ab. Unter Redner wies darauf hin, daß der Militarismus selbst es ist, der die Regeneragitation treibt, die wir nach den lügenhaften Behauptungen der Reichsverbändler angeblich treiben. Bebel wies dann kurz auf die niedliche Jivibuben-Bemerkung des Herrn v. Einem hin, die durch die Prozesse Hohenau und Lhnar so eigentümlich illustriert worden ist. Dann holte er zu einem wichtigen Angriff gegen die eigentümliche Geschichtsphilosophie aus, die im vorigen Jahre der Herr v. Einem vorgetragen hat. Der königlich preussische Kriegsminister hat sich herausgenommen, die siegreichen Revolutionsheere Frankreichs, die Preußen schon 1795 zum kläglichen Bateier Frieden zwangen, als „Bande“ zu bezeichnen. Der Kriegsminister hat ferner die geradezu lächerliche Behauptung aufgestellt, daß Volksheere die Kriege verlängern und verteuern. Der wirkliche Grund, weshalb die Herrschenden nicht in die Verkürzung der Dienstzeit willigen wollen, ist der Wunsch, das Heer event. gegen den innern Feind zu führen. Das Wutgeheul, in das die Sunkerrotte ausbrach, als Bebel wieder diese Tatsache konstatierte, zeigt, daß es sich so verhält.

Podbielski

Am Sonntag von Vertrauensmännerversammlungen der Bänder im Wahlkreise Melle-Diepholz als Landtagskandidat aufgestellt worden.

Wirftungen.

Die Reisenden der Stahlwarenfirmer in Solingen kehren aus den polnischen Landesteilen zurück, da die Handelsbeziehungen infolge des polnischen Boykotts der deutschen Waren völlig abgebrochen seien. Es larten zahlreiche Abbestellungen aufgegebener Lieferungen ein, besonders aus Krakau und Osterreichisch-Polen, in denen übereinstimmend die Polenvorlage als Grund angegeben wird.

Diese Meldung harmonisiert gerade nicht sonderlich mit einer anderen, die vor kurzem durch die bürgerliche Presse hing und in der triumphierend verkündet wurde, die Boykottbewegung der Polen habe — einen vergrößerten Abzug deutscher Industrieerzeugnisse in den polnischen Landesteilen zur Folge gehabt.

Die Notwehr der Süddeutschen.

Der Abgeordnete Elß, Vorsitzender der württembergischen Volkspartei veröffentlicht im Stuttgarter „Tagblatt“ eine Aufforderung zur Bildung eines württembergischen Großblocks, um das Reichsvereinsgesetz wegen der unausbleiblichen Verschlechterungen des württembergischen Rechtes unter allen Umständen im Reichstage zu Fall zu bringen.

Und das nennt sich liberal!

Wie verärgert, will die freisinnige Fraktionsgemeinschaft gegen die sogenannten „Eigenbrödler“, die Herren Dr. Barth, v. Gerlach und Dr. Streitscheid vorgehen. Was man plant geht aus einer Äußerung des Müller aus Meinungen hervor. Dieser „liberale“ Bernegrosch sagte am Sonntag in einer Berliner Versammlung, „man solle die Eigenbrödler zum Teufel jagen“. Zweifellos will man die genannten Herren, die mit ihrem Liberalismus noch nicht auf den Grund gekommen sind, ausschließen. Daß eine solche Aktion möglich ist, beweist, wie tief die Wiemer, Koppich, Gelbattel und Komvorten bereits gesunken sind!

Ein trübes Bild.

Die amtliche Zusammenfassung der Reichsrechnung im Dezember 1907 zeigt eine recht trübe Bild. Immerhin beginnen auch die Fülle, die bisher recht günstige Lage gebracht haben, nachzulassen, und im Dezember sind die Einkünfte schon unter die Höhe des Jahres 1906 hinunter gegangen. Die Börsensteuer, die

Fahrtkartensteuer, die Erbschaftsteuer und die Maischbottichsteuer zeigen fortgesetzt große Ausfälle, und man kann ausrechnen, daß sämtliche Reichseinnahmen bisher einen Minderertrag von über 20 Millionen Mark gegenüber dem neunmonatlichen Anteil am Etatslohn ergeben haben. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Ausgaben namentlich bei den großen Betriebsverwaltungen, wie Post und Eisenbahn, sehr erheblich gestiegen sind und den Etatsanschlag wohl überschreiten werden. Kurz, wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß das Etatsjahr 1907 recht wenig günstig abschließen wird.

Der Herr Volksvertreter schläft indessen.

Am Freitag wurden im Reichstag Arbeiterfragen erörtert — einmal die Beachtung von Tarifabmachungen durch die fürs Reich liefernden Firmen, und dann die Festsetzung der Arbeitsbedingungen in den Reichswerkstätten, unter Hinzuziehung von Arbeiterausschüssen oder Arbeiterorganisationen. Die Konservativen sind unverschämte genug, offen auszuplaudern, wie sich dabei das Interesse der durch Geburt, Bildung und Besitz bevorzugten Parlamentarier für die „niederen Volksgenossen“ betätigte. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt:

„Während Herr Ledebour das Seine vorbringt, schlummert Graf Schwerin-Löwis eine ganze halbe Stunde lang fest und behaglich, und niemand nimmt es ihm auch nur im geringsten übel. Das Begreifliche wird eben leicht Ereignis.“

Wenn Arbeiterinteressen beraten werden, schläft der Graf — wir haben von ihm nie anderes verlangt. Nur daß im Reichstage unsere Genossen immer noch die Möglichkeit haben, solche Schlafmühen einmal etwas unanständig zu wecken, während sie im Abgeordnetenhaus ganz unter sich sind und so die Interessen des vierten Standes andauernd zu überchlaffen verstehen. Bei gleichem Wahlrecht unter gleicher Wahlkreiseinteilung würden sich diese Herren sehr schnell zu Hause ins Bett schlafen legen können, indessen wir gern ihre Arbeit verrichteten.

Vertels Sekundant.

Die sozialpolitische Leistung des „freisinnigen“ Stadtrats Fischbeck in der Berliner Stadiverordnetenversammlung gelegentlich der sozialdemokratischen Arbeitsloseninterpellation hat zu einer Fehde zwischen der „Freisinnigen Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ geführt. Das linksliberale Organ hatte die Weisheit des Herrn Fischbeck in einem Artikel kritisch gewürdigt und davon gesprochen, daß er mit „erschreckendem Erfolg“ versucht habe, den Liberalismus noch weiter zu kompromittieren, nachdem er bereits am 10. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus durch seine Antwort auf die Bülowische Wahlrechtsklärung zur Genüge bewiesen habe, „daß ihm das wichtigste Erfordernis eines Politikers, das Augenmaß fehle“. Diese Kritik hat die „Freisinnige Zeitung“ in helle Wut verlegt und sie findet in ihrer Erwiderung Worte, die ganz auf den Sauherdenton gestimmt sind. Sie nennt das „jogennante liberale Berliner Tageblatt“ einen „würdigen Kumpan“ des „Bormwärts“ spricht von „einem System bewußter, gemeiner Fälschung“ und von einem „niederrächtigen Schimpfartikel“, „der selbst den „Bormwärts“ in den Scharten stellt, und wie wir aus zahlreichen Äußerungen erfahren, die Entrüstung in den weitesten Kreisen der anständig denkenden Menschen hervorgerufen hat.“ In diesem anmutigen Ton geht es weiter und schließlich wird auf den Einwand des „Berliner Tageblattes“, daß im Winter auf dem Lande keine Arbeit vorhanden und die Mahnung an die Arbeitslosen, sie sollten auf dem Lande sich Arbeit suchen, deshalb deplaciert sei, die Verlegenheitsausrede gebraucht, die Arbeitskräfte würden von den Landwirten im Winter notwendig zu — Fortarbeiten gebraucht. Für diese Weisheit werden die Organe der ostelbischen Sunker sicher der „Freisinnigen Zeitung“ ihre besondere Anerkennung aussprechen, die zu verdienen sich das Organ der liberalen Börsenjobber mit ständig steigendem Erfolg die größte Mühe gibt.

Rußland.

Josef Stössel. Im Prozeß wegen der Übergabe von Port Arthur hielt der Prozeß Generalleutnant Gorski seine Anklagerede, in der er äußerte, sämtliche 4 Angeklagte, und zwar Stössel, Fock, Reiß und Smirnow, hätten sich als kleine, wankelmütige Menschen gezeigt. Das Beweismaterial zeige, daß Port Arthur genügend Menschen und Geschosse besessen hätte, um die Belagerung noch längere Zeit auszuhalten. Die Kapitulation sei unter den erniedrigendsten Bedingungen erfolgt, nachdem sie schon Wochen vorher von den Angeklagten vorbereitet gewesen wäre. Die Übergabe der noch haltbaren Festung sei laut Geß Verrat, worauf die Todesstrafe stehe, welche der Prozeß für alle vier Angeklagten beantragte.

Portugal.

Die Katastrophe. Die seit Monaten in Portugal bestehende Telegrammzensur ist womöglich noch verschärft, so daß zuverlässige Nachrichten fehlen und man auf Kombination angewiesen ist. So viel steht fest, daß der Diktator Joao Franco aus dem Lande geflohen ist. Zugleich Werkzeug und Antreiber des nun toten Königs Carlos, hat er durch seine Gewalttherrschaft die Katastrophe herbeigeführt, aber mit der dieser Art Menschen in der Regel eigenen Feigheit keine eigene wertige Person in Sicherheit gebracht, als die Gefahr hereinbrach. Seine Rolle war übrigens ausgepielt. Zwar die Witwe Carlos war gewillt, ihn weiterregieren zu lassen. Der neue König Manuel aber erklärte, er wolle den Frieden mit seinem Volke, worauf Franco sofort seine Entlassung nahm und dann verstarb.

Nach der französischen „Agence Havas“ ist das neue Ministerium jetzt wie folgt gebildet: Ferreira do Amaral Vorsitz und Inneres; Morcira jun. Finanzen; Campos Henriques Justiz; Castilho Marine; Graf Bertandos öffentliche Arbeiten; Bencjalao Linna Äußeres; Mires Krieg.

Eine offizielle Depesche sagt: Nach dem Attentat kam der Unwille gegen Franco offen zum Ausbruch. Das neue Ministerium Ferreira wird sich auf alle monarchistisch gesinnten Gruppen

ohne Unterschied der Schattierung stützen. Die Stadt gewinnt allmählich wieder ihr gewöhnliches Aussehen. Die öffentlichen Gebäude und königlichen Schlösser werden unausgeseht von Militär und Stadgarde bewacht. Die von Franco verbotenen Zeitungen sind nicht wieder erschienen. Die anderen Blätter enthalten sich seit dem Verbrechen jeder Betrachtung über die Politik und beschränken sich darauf, ihren Abscheu über das schreckliche Attentat zum Ausdruck zu bringen.

Der Ausschuß der dissentierenden Progressivisten nahm einen Antrag an, in dem die Partei ihr Mitgefühl anlässlich der Bluttat und gleichzeitig die Bereitwilligkeit ausdrückt, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten, falls die politischen Gefangenen und Deportierten der Freiheit des Rechts zurückgegeben und alle gegen die Freiheit gerichteten diktatorischen Maßregeln aufgehoben würden.

„El Mundo“ meldet aus Lissabon: Der neue Ministerpräsident ergriff energische Maßregeln, jedem Aufstand vorzubeugen. Die versassungsmäßigen Garantien wurden aufgehoben und das Kriegsrecht proklamiert. 94 politische Gefangene wurden an Bord des Dampfers „Portugal“ gebracht. Sie sollen in afrikanische Gefängnisse übergeführt werden. „El Mundo“ führt weiterhin aus: Die revolutionäre Bewegung bereitete sich in aller Stille unter der Leitung des Redakteurs eines bedeutenden republikanischen Blattes vor. Die Revolutionäre beabsichtigten die Republik allmählich herbeizuführen, aber die diktatorischen Maßnahmen Francos trieben ihre Erregung auf die Spitze. Sie schmuggelten Waffen ein und führten ihren Plan aus.

Bewaffnete sollen den Versuch gemacht haben, zwei Kompanien Infanterie zum Abfall zu bewegen, wurden jedoch mit Schüssen zurückgewiesen.

Drei verhaftete angebliche Königsräuber haben höchstwahrscheinlich mit der Sache nichts zu tun. Es sind ein italienischer Musiker des Opernorchesters, ein eleganter junger Mann, der entrüstet seine Unschuld beteuert und ein Zeitungsberichterstatter, der beruflich bei der Ankunft des Königs aus Villavieva anwesend war, auch von den drei Geflüchten oder doch zweien von ihnen ist durchaus nicht bewiesen, daß sie die Täter waren.

In Porto soll die Republik proklamiert worden sein. Die Depeschenzensur verhindert nähere Mitteilungen, aber man darf wohl annehmen, daß die Bewegung im Lande nicht einfach aufhört, weil ein anderer König, aber auch mit Ausnahmegelegen, „regiert“. — Offiziös wird diese Meldung demontiert.

Von den Zuständen, die in Portugal herrschen, mag Zeugnis geben eine Erklärung, die vor kurzem Augusto Jose da Cunha bei seinem Übertritt ins republikanische Lager abgegeben hat. Dieser Mann, der dem königlichen Krate angehört, Präsident des Senates war, mehrmals Ministerposten bekleidete und zuletzt Direktor der Portugiesischen Staatsbank, also einer der höchsten Beamten des Königreichs war, stand außerdem dem königlichen Hofe nahe, denn er wurde seinerzeit von dem Vater des gegenwärtigen Königs mit der Erziehung seines Sohnes betraut. Es war also ein Ereignis, das die Situation wie ein Blitzstrahl erhellte, als sich der sechzigjährige Cunha von der Monarchie los sagte und sich für die Republik erklärte. Und er begründete diesen Übertritt vor dem Lande mit folgenden Worten: „Alles, was ich Ihnen sagen kann, liegt in der einen Tatsache: Wir haben kein Gesetz mehr. Wir sind der Willkür eines einzigen anheim gegeben. Wir, die wir ein zivilisiertes, ein humanes, ein gesegnetes und ruhiges Volk sind, werden behandelt wie eine Herde Schafe, wie unvernünftige Tiere, die von Hirt und Hund nach Gefallen hin und her getrieben werden. Wir wären unwürdig, eine Nation zu heißen, wenn wir uns das gefallen ließen. Es gibt keinen Ausweg mehr, wir haben keine Gemeinschaft mehr mit diesen Leuten, können keine Gemeinschaft mehr mit ihnen haben. Zwischen ihnen und uns kann es nur noch eins geben: Krieg! Krieg bis aufs äußerste! Tausendmal lieber wollen wir sterben als freie Männer, denn leben als Knechte!...“ So war die Situation des Landes, aus der das Attentat vom Sonnabend entsprang!

Tatsächlich ist die republikanische Bewegung im Lande so erstickt, daß sie es zweifellos zu einem ernsthaften Kampfe mit der Monarchie treibt. Die republikanische Idee ist heute in allen Schichten verbreitet. Die Arbeiter sind republikanisch, aber auch die Bauern und Kleinbürger, und immerzu strömen der republikanischen Bewegung, die über eine festgeschlossene Organisation verfügt, intellektuelle Kräfte zu. Selbst Vilhenas, der Führer der Regenerados, hatte schon die Abdankung des Königs gefordert. Darauf hatte der Gottesgnadenmann und sein „Manager“ als Antwort nur neue Ausnahmegeetze, neue Proskriptionen. Und wie es den Anschein hat, will der plötzlich auf den Thron gelangte Sohn des Getöteten das System fortsetzen. Es wird aber kein Schaden sein. . . .

Die Depeschendirektoren verbreiten Duzende von Telegrammen, aus denen hervorgeht, daß sämtliche europäischen Monarchen den in Lissabon Berichtenden ihr tiefes Beileid telegraphisch ausgesprochen haben. Parla mente, soweit sie jetzt taugen, haben sich dem Beileid angeschlossen; mit dem Unterschied, daß diese sich auch an das portugiesische Volk wandten. — Dem gestrigen Bericht über die Behandlung des Attentats in der französischen Kammer haben wir noch nachzutragen, daß während der Rede Vidons der Sozialist Benezech rief: „Es war nur ein Verunsfall.“

In Budapest mußte man jede Trauerkundgebung ausfallen lassen. Es wird depeschiert:

Der Präsident des Abgeordnetenhauses Justh beabsichtigte zu Beginn der Sitzung des Lissaboner Ereignisses teilnahmepoll zu gedenken. Die Abgeordneten der Unabhängigkeitspartei protestierten energisch gegen diese Absicht, weil in Portugal die Verfassung suspendiert sei und es derzeit dort keinen Faktor gebe, an dessen Adresse eine Kundgebung gerichtet werden könne. Mehrere Abgeordnete erklärten, wenn das Präsidium sein Beileid aussprechen sollte, würden sie die

Verhältnisse in Portugal zum Gegenstand einer Debatte machen. Schließlich einigte man sich in einer Konferenz beim Präsidenten, an der auch Ministerpräsident Befeile teilnahm, dahin, die Trauerkundgebung ausfallen zu lassen, um die peinliche Debatte zu vermeiden.

Die italienische bürgerliche Presse erklärt, der Anschlag in Lissabon sei die natürliche Folge des Staatsstreichs und des absolutistischen Regimes, wofür der König verantwortlich gemacht wird. Am schärfsten äußert sich die liberale „Tribuna“. Sie schreibt: „Der König ist umgebracht worden, nachdem er die Einschränkungen der verfassungsmäßigen Freiheiten unterzeichnet und dadurch die königlichen Befugnisse in noch schärferen Gegensatz zur Verfassung gebracht hatte. Francos Name wird unter denen verzeichnet werden, die die Verantwortung für königsmörderliche Sinnlosigkeiten tragen. Den Königsmördern werden die Waffen stets von denen in die Hand gedrückt, die die wirkliche Lage verkennen. Nichts ist verderblicher, als Gewalttätigkeiten von oben. Nicht ungestraft wird die Gesellichkeit beiseite geschoben.“ Ein angesehenen Mitarbeiter desselben Blattes geht scharf mit dem Könige als Genußmenschen und Verschwenker ins Gericht, der eine reaktionäre Politik getrieben habe, um seiner Privatkasse aufzuhelfen, wodurch er freilich mehr die Entmündigung, als die Hinrichtung verdient habe.

Montenegro.

Eine verpönte Haupt- und Staatsaktion. Der biederer Fürst von Montenegro, der der modernen Richtung folgend vor einiger Zeit seinem Land eine Verfassung „verliehen“, diese alsbald aber wieder unwirksam machte, legte sich zur Entschuldigung eine „Verschwörung“ zu, die in Belgrad angezettelt sein und ihn mit Bombenattentaten bedrohen sollte. Eine große Untersuchung wurde begonnen und die „Verdächtigen“ verhaftet. Nun meldet der Telegraph aus Belgrad: Die wegen der Vandalenaffäre in Cetinje auf Verlangen der montenegrinischen Regierung vor zwei Monaten in Belgrad verhafteten montenegrinischen Studenten Vocovic und Gionovic wurden auf Anordnung der serbischen Regierung in Freiheit gesetzt, da ihre Unschuld als erwiesen angesehen wurde.

Afrika.

Der Anschlag in der Kapkolonie. Infolge Wahlsieges der Afrikaner in der Kapkolonie ist der Premierminister Samson, der einst durch seinen Einfall in die Transvaalkolonie den Anstoß zum südafrikanischen Kriege gab, von seinem Amte zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger ist John Xavier Merriman, der 67jährige Führer des Afrikanerbundes, ernannt worden. Merriman war seinerzeit Mitglied der Untersuchungskommission über den „Samson-Raid“ nach Transvaal. Das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten wird S. W. Sauer übernehmen, der unter Cecil Rhodes Kolonialsekretär und später Führer der Opposition war. Als weitere Mitglieder des Afrikakabinetts werden genannt: für Ackerbau und Unterricht Malan, Kolonialsekretär de Waal, Generalsekretär Burton, Minister ohne Portefeuille Graaf; doch sind diese Namen noch nicht sicher. Für die Regierungskandidaten zum Gesetzgebenden Rat der Kapkolonie, das ist die aus 26 Mitgliedern bestehende erste Kammer der Kapkolonie, wurden 25 000 Stimmen, für Bondkandidaten 51 000 Stimmen abgegeben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 5. Februar.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zuzug nach der Gipsmühlener Malfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Über den Ausbau des Lübecker Straßenbahnnetzes wurden in der letzten Versammlung des St. Lorenz-Vereins interessante Mitteilungen gemacht. Bekanntlich strebt die Vorstadt dahin, daß endlich die Bahn vom Lindenplatz nach Moisling gebaut wird. Von Bürgerchaftsmitgliedern wurde dazu mitgeteilt, daß die Angelegenheit noch nie so günstig wie jetzt gestanden habe. Die Berliner Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft plane, ihr Netz um die jetzige Länge zu verdoppeln, aber sie werde vom Staat daran gehindert. Der Staat fordere die Konzessionen einen Anteil vom Reingewinn des Unternehmens, und in dieser Hinsicht könne man sich nicht einigen. Die Berliner Gesellschaft würde gerne sehen, wenn seitens der Bevölkerung durch Petitionen auf den Senat ein Druck ausgeübt würde, daß der Ausbau des Straßenbahnnetzes endlich vor sich gehe. Lasse sich aber die alte Bahn auf die Abgabe eines Teiles des Reingewinnes an den Staat nicht ein, so würden die neuen Strecken dennoch gebaut werden. Mit den Inhabern der Lübecker Straßenbahn, Wallbrechts Erben, sei ein Vertrag dahingehend abgeschlossen worden, daß diese neue Linien bauen müssen, wenn die Berliner Gesellschaft den Bau solcher ablehne. Baue demnach die eine Gesellschaft nicht, so baue die andere.

Die Ortskrankenkasse zu Lübeck hatte am 1. Februar 1908 17 554 Mitglieder gegen 16 224 im Jahre 1907. Auf Männer entfielen davon 12 155 (1907: 11 206) auf Frauen 5399 (1907: 5018). Erwerbsunfähigkeitskranken am letzten Janr. 1908 Männer 537 (1907: 472) und Frauen 315 (1907: 281). Ausweiskasse für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Janr. 1908 (1907: 1293) erteilt. Eterbegeld wurde im Janr. für Mitglieder in 15 Fällen, für Angehörige in 32 Fällen gezahlt. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortleitung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Januar 26 Abmeldungen erfolgen müssen. Abtretungen erwerbsfähiger Mitglieder gegen die jagungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 31 Fällen mit Strafe zu belegen.

Das Nasenbluten als Warnungssignal. Die Ursache des Nasenblutens kann eine örtliche, von der Nase ausgehende, oder eine allgemeine sein. Im ersteren Falle handelt es sich um Nasenkatarrhe, Geschwüre und Wucherungen in der Nase, wie z. B. um Polypen. Manche Menschen leiden gewohnheitsmäßig an Nasenbluten, welches entweder nach geringen Veranlassungen, nach stärkerem Schnauben, nach körperlichen Anstrengungen, Erhitzen, oder auch ohne jede Veranlassung sich äußert. Dann handelt es sich um Menschen, die an irgend einer Blutkrankheit leiden, oder es sind Bluter und der Zustand ist erblich. Auch bei akuten, fieberhaften Krankheiten, wie beim Typhus, Scharlach, Lungenentzündung und Nasenbluten nicht selten. In vielen Fällen ist Nasen-

bluten eine bald vorübergehende, ungefährliche Erscheinung, welche sogar in gewissem Sinne nützlich sein kann. So wird Kopfschmerz, Eingeklemmtsein des Kopfes nach einer Nasenblutung oft besser. Anders ist das Leiden zu beurteilen, wenn es das Symptom einer Nieren- oder Herzkrankheit ist, oder eine beginnende Arteriosklerose auf diese Weise einleitet. Häufig sich wiederholendes Nasenbluten muß die Aufmerksamkeit auf diese Organe lenken. Dann ist das Nasenbluten als ein Warnungssignal zu betrachten. Was die Arteriosklerose anlangt, so lassen die reiche Gefäßverteilung in der Nase im Verein mit der beim Schneiden entstehenden Erschütterung es verstehen, daß hier die Verringerung der Elastizität der Gefäßwände sich zuerst bemerklich macht. Ein besonderer Zusammenhang besteht zwischen Nasenbluten und Schlaganfall. Dr. de Cigna führt 28 Fälle an, in welchen dem Nasenbluten bald ein Schlaganfall folgte. Nasenbluten alter Leute sollte man daher nicht als selbständige Krankheit, vielmehr nur als Symptom betrachten und bei diesem nach dem Vorhandensein von Arteriosklerose forschen. Natürlich muß dann diese sachgemäß behandelt werden, um Schlimmeres zu verhüten.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Januar d. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgeholt worden: Diverse Portemonnaies mit Inhalt, darunter ein Portemonnaie mit größerem Betrage, sowie viele Geldbeträge, 1 silb. Damenuhr, 1 gold. Kettenarmband, 2 gold. Herrenringe, 2 Brillen und 1 Kneifer mit Futteral, 1 Nähkasten, 2 Schirme, 1 Handwagen (Schottische Karre), 1 Leiter, 1 schwarzer steifer Herrenhut, 1 Herrenmütze, 1 Herrenweste, 2 Damengürtel, 8 Pelzboa, mehrere Paar Handschuhe und 1 Huhn.

Diebstahl von Diebstählen wurden gestern nachmittag zwischen 4 und 7 Uhr in der ersten und zweiten Etage des Hauses Attendornstraße 48 ausgeführt. Die Bewohner waren um diese Zeit außerhalb des Hauses. Der Dieb oder die Diebe waren hieron jedenfalls unterrichtet und benutzten die sich ihnen bietende Gelegenheit, um einen Einbruch zu begehen. Die Stagentüren wurden geöffnet, in der zweiten Etage der Schreibrisch erbrochen und aus demselben etwa 45 Mk. bares Geld entwendet. Aus dem Vertikow stahlen die Einbrecher silberne Teelöffel. Der Kleiderkasten und andere Behälter wurden durchwühlt, doch nahmen die Diebe nichts von den dort aufbewahrten Gegenständen. Aus der ersten Etage wurden ebenfalls diverse Gold- und Silbergegenstände, zum Teil wertvolle Andenken, geraubt; das vorhandene Geld fanden die Diebe hier jedoch nicht.

ph. Gestohlener Bienentorb. In der Zeit vom 3. bis 4. d. Mts. wurde aus einem Bienenschauer auf dem Heiligen-geißklamp ein Bienentorb gehohlen. Aus den noch zurückgebliebenen 26 Bienentorben ist ein Teil des Honigs entfernt und mitgenommen. Da beide dort befindliche Schutzkappen benutzt sind, so ist anzunehmen, daß 2 Personen den Diebstahl ausführten.

ph. Schwindler an der Arbeit. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Unberechtigte das Geld für die Abfuhr des Rechts aus den Häusern im Namen des Empfangsberechtigten abgeholt haben. Es wird Vorsicht bei Zahlung dieser Gebühr empfohlen.

Stadttheater-Proporzium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Donnerstag findet keine Vorstellung statt. Freitag wird der Schwank „Der Hypochonder“, welcher bei seiner letzten Aufführung am Montag so großen Lacherfolg erzielte, wiederholt. Sonnabend geht zum Einheitspreise von 50 Wg. „Othello, der Mohr von Venedig“ in Szene. „Prinzessin Zulpiane“ oder „Die Reise nach dem Monde“ wird Sonntag nachmittag 4 Uhr noch einmal zu ganz besonders kleinen Preisen gegeben; abends 7 Uhr findet eine große Doppelvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt die seit langem hier nicht mehr gehörte Oper „Das Glöckchen des Eremiten“, hierauf folgt das stets gern gesehene Lustspiel „Doktor Klaus“.

Hamburg. Hafenbetriebsverein contra Hafenarbeiterverband. Das am Dienstag in dieser Klagesache von der Zivilkammer III des Landgerichts Hamburg gefällte Urteil lautet: 1. Die Klage gegen den Beklagten zu 6. (Mitgliedschaft der Hamburger Schauerleute) wird abgewiesen. 2. Es wird gegenüber den Beklagten zu 1. und 5. (Wähnel und Gesamtverband) festgestellt, daß der zwischen den Parteien am 9. April 1907 abgeschlossene Vertrag mit Zusatz vom 18. April 1907 nicht am 1. Oktober 1907 außer Kraft getreten ist. 3. Die Beklagten zu 1., 2., 4., 5. (Wähnel, Doering, Fendt, Gesamtverband) werden verurteilt, und zwar 1., 2., 4. bei einer Pfandstrafe von 4 Wochen, der zu 5. bei einer Geldstrafe von 1500 Mk. für jeden Fall der Zuwiderhandlung, es zu unterlassen: a) den Zuzug von Hafenarbeitern nach Hamburg unmittelbar oder mittelbar, insbesondere durch solche Veröffentlichungen, wie im „Vorwärts“ v. 2. Novemb. 1907, „Stettiner Volksboten“ v. 4. Novemb. 1907, „Hamb. Echo“ v. 8. November 1907 und „Hafenarbeiter“ vom 8. November 1907 zu tätigen. b) die vom Kläger angenommenen Kontraktarbeiter als „Streikbrecher“ zu bezeichnen oder sie sonst verächtlich zu machen. 4. Die Beklagten zu 1., 2., 4., 5. werden verurteilt, innerhalb einer Woche nach Rechtskraft dieses Urteils a) die Redaktionen des „Vorwärts“, des „Stettiner Volksboten“ und des „Hamburger Echo“ zu ersuchen, den erkenntnisse Teil des Urteils in ihrer nächsten, noch nicht abgeschlossenen Nummer an derselben Stelle und mit derselben Schrift, wie die zu 3a bezeichneten Artikel erschienen sind, auf ihre Kosten abdruckend, b) den erkenntnisse Teil des Urteils vollständig und ohne Zugabe in der nächsten, noch nicht abgeschlossenen Nummer der Zeitung „Der Hafenarbeiter“ an deutlich sichtbarer Stelle und mit deutlicher Schrift kostenfrei aufzunehmen. 5. Der Kläger wird für den Fall, daß die zu 4. angeordneten Veröffentlichungen oder eine derselben nicht binnen vier Wochen nach Rechtskraft des Urteils erschienen sein sollten, befugt, durch anderweitige Veröffentlichungen bis zum Höchstbetrage von 1000 Mk. auf Kosten der Beklagten zu 1., 2., 4., 5. den erkenntnisse Teil des Urteils zur Kenntnis der Hafenarbeiter und mündlichen Arbeitsvermittlungstitellen zu bringen. Das Urteil zu 3. ist gegen Hinterlegung von 5000 Mk. durch Kläger vorläufig zu vollstrecken. Ferner verkündet das Gericht folgenden Beweisbeschluss: Es soll Beweis erhoben werden darüber: 1. ob im Juni 1907 verschiedene Kontraktarbeiter dem klägerischen Geschäftsführer auf dessen Frage, warum sie den Kontrakt kündigten, erklärt haben, Mitglieder des Vorstandes des Hafenarbeiterverbandes hätten sie zum Aussprechen der Kündigung genötigt; 2. ob diejenigen Arbeiter, denen Kontrollkarten ausgestellt worden sind, vorher erklärt haben, daß sie das Kontraktverhältnis freiwillig gekündigt hätten, und daß sie ohne Kontrollkarten die Arbeit im Hafen nicht wieder aufnehmen würden; 3. ob die Beklagten oder einer von ihnen veranlaßt haben, daß die Warnung vor dem Zuzuge von Hafenarbeitern nach Hamburg im „Echo“ vom 27. Oktober 1907 erschienen ist, oder ob dieser Artikel weder direkt noch indirekt von ihnen herrührt. Termin zur Beweisaufnahme wird anberaumt auf Donnerstag, 5. März.

Altona. Schwurgericht. Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht den Arbeiter Bau-

ling, der den Blankeneseer Schuhmann Janzen zu ermorden versucht hatte, zu sieben Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Neumünster. In der Sitzung der städtischen Kollegien äußerte sich der Oberbürgermeister Rühr über die Demonstrationen vom 12. Januar. Er bezeichnete das Vorgehen der Polizei als „durchaus korrekt“. Die Verantwortung liege auf Seiten der Führer, die in den Versammlungen die Gemüter erregt hätten. Sollten sich ähnliche Vorgänge wiederholen, so werde die Polizei in derselben Weise vorgehen. Der Magistrat habe die Schadenersatzansprüche zurückgewiesen. Stadtverordneter Hauschildt führte aus, daß er als Anwohner des Großfleckens Gelegenheit gehabt habe, einzelne Vorgänge zu beobachten. Er behaupte die Vorkommnisse und verurteilte das Vorgehen der Demonstranten, denn nach seinem Dafürhalten lag bei ihnen alle Schuld. Die Beamten seien sehr besonnen und maßvoll vorgegangen. In demselben Atemzuge entrollte er aber auch ein Bild von der Nervosität der einzelnen Beamten. Er will gesehen haben, wie ein Beamter den Säbel gezogen hat, ohne Befehl zum Blutziehen erhalten zu haben. Ferner führte Reuber aus, daß, nachdem sich die Menge schon zerstreut hatte, noch auf einzelne mehrlose Passanten eingeschlagen worden sei. Ein solches Vorgehen der Beamten lasse sich nicht rechtfertigen. Von der Waffe sei doch nur in der größten Gefahr Gebrauch zu machen. Nach einer längeren Auseinandersetzung wurde die Sache als erledigt erachtet. Magistrat und Stadtverordnete haben gesprochen, jetzt hat die Arbeiterschaft das Wort.

Flensburg. Ein ungeheuerliches Urteil gegen ein Kind. Die Strafkammer verurteilte den 14jährigen Schulknaben N. von hier wegen fortgesetzten Einbruchsdiebstahls zu der scharfen Strafe von 1 Jahr Gefängnis. Der Knabe war durch schlüpfrige Lektüre verlockt worden.

Nienburg a. W. Bei lebendigem Leibe verbrannt ist Sonntag abend im benachbarten Husum die noch verhältnismäßig rüstige 83jährige Altenheimlerin Witwe Karoline Pohne. Die Verunglückte hat sich vermutlich mit einer Handlampe abends gegen 10 Uhr in ihre Kammer begeben, ist dabei gefallen, wobei dann die Lampe explodierte. Die Kleider der alten Frau waren völlig verkohlt, der untere Teil des Körpers mit tiefen Brandwunden bedeckt. Sie wurde noch lebend aufgefunden, starb aber schon nach einer Stunde, ohne wieder zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Wargeseide. Mord und Selbstmord? In Fremdbüttel in den Tannen fand man Sonntag zwei männliche Leichen, und zwar einen Soldaten vom Infanterieregiment Nr. 31, 5. Komp., namens Weisenthal aus Lodenborn, und einen Handwerksburschen. Es hat den Anschein, als ob W. den Handwerksburschen erst erschossen, und sich dann selber getötet hat, da beide von Herrn Halenclaver jr. in kleiner Entfernung gefunden wurden. Weisenthal hatte noch einen Revolver in der Hand. Das Motiv der Tat ist gänzlich unbekannt. Es ist in kurzer Zeit der 8. Mord resp. Selbstmord in dieser Gegend.

Güstrow. Wegen eines dummen Streichs ein Jahr und drei Monate ins Zuchthaus. Unter der Epizyme: „Ein neuer Mord durch Schmitzer“ ging im November v. Js. eine aus Bülow datierte Notiz durch die mecklenburgische Presse. Im April v. J. war in der Nebel bei Bülow ein junges Mädchen tot aufgefunden, das das Opfer eines Mörders geworden sein sollte und ein Schmitzer Groß bezeichnete dann einen ihm befreundeten Schmitzer Köpcke als Täter. Alsbald stellte sich aber heraus, daß, wie auch seinerzeit von uns gemeldet, die Angaben des Groß von Anfang bis zu Ende erfunden waren. Inzwischen war es ihm jedoch auf Grund seines Schwindelmannovers gelangt, zwecks angeblicher Beschaffung der notwendigen Nachweise an der Schuld des Köpcke einen Gendarmeriemachtmeister zur Hergabe von 4 Mark und die Justizbehörde in Güstrow zu einer solchen von 10 Mark zu veranlassen. Außerdem hatte auch noch ein Gendarmeriemachtmeister die Reise- und Zehrungskosten im Betrage von 26,20 Mark zu decken. Groß wurde gegen Ende November v. J. in Rostock verhaftet und dann nach Güstrow transportiert. Am Sonnabend hatte er sich nun vor der Strafkammer wegen Betruges und fälscher Anschuldigung zu verantworten. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß ein Schmitzer mit dem Namen Köpcke niemals existiert hat. Groß, der außerdem noch fälschlicherweise zwei Schmitzer eines in Rostock verübten Einbruchsdiebstahls bezichtigt hatte, wurde unter Berücksichtigung seiner vielen Vorstrafen zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und drei Monaten und einer Geldstrafe von 150 Mk. verurteilt. Weiterhin wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Unser Meinung nach hätte doch dieser Groß auf seinen Geisteszustand untersucht werden sollen.

Handels- und Marktnachrichten.

Eternichau-Zichmarft
4 Februar.
Der Schweinehandel vertief gut.
Zugeführt wurden 4200 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 54—55 Mk. leichte 54—54 1/2 Mk. Sauen 48—52 Mk. und Ferkel 47—53 Mk. pro 100 Pfund

Letzte Nachrichten.

Berlin, 4. Februar. Die Kommission des Reichstages für das Reichsvereinsgesetz nahm den § 2 an, welcher vorschreibt, daß die Satzungen und das Mitgliederverzeichnis der zuständigen Polizeibehörde einzureichen sind mit der Änderung, daß von der Vorchrift, daß die Satzungen in der deutschen Sprache einzureichen sind, Ausnahmen von der höheren Verwaltungsbehörde zugelassen werden können und daß Personenmehrheiten, die vorübergehend zusammentreten, um Vorbereitungen für die Wahlen zu öffentlichen Körperschaften zu treffen, nicht als Vereine im Sinne des Reichsvereinsgesetzes gelten.
Köln, 4. Februar. In der Privatklagesache Peters gegen v. Bennigsen und Redakteur Brüggemann legten Bennigsen und Peters gegen das Urteil Berufung ein.
Offen a. d. Ruhr, 4. Februar. Heute früh tödete der Reisende Glasmann in der Weberstraße nach vorausgegangenem Streit seine von ihm getrennt lebende Gattin durch zwei Schüsse. Er ist nach der Tat geflohen.

Blauenburg, 4. Februar. Unter Vergiftungserscheinungen erkrankten die Kinder des Lokomotivführers Stachmann. Die Kinder hatten von geschickt erhaltenen Spalten gegessen, die jedenfalls nicht einwandfrei waren. Ein 12-jähriges Mädchen ist der Vergiftung erlegen. Die anderen befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Altmann a. Rh. (Reg.-Bez. Düsseldorf), 4. Februar. Infolge Schneesturms stehen heute früh zwei Schiffe zusammen, von denen eins sank. Drei Kinder ertranken.

Paris, 4. Februar. Nach einer telegraphischen Meldung des Generalgouverneurs von Algerien war die Kompagnie

des 1. Regiments der Fremdenlegion, die auf dem Marsche nach dem Fort Gassa von einem Schneesturm über- rascht wurde, zwei Offiziere und 165 Mann stark. Die beiden Offiziere und 85 Mann trafen in Gassa ein, 52 haben Zuflucht in einem benachbarten Dorfe gesucht. 18 Mann sind umgekommen.

Holltag, 4. Februar. Der englische Dampfer „Stouthbert“, von Antwerpen unterwegs, geriet auf der Höhe von Cap Cable in Brand. Es wurden durch den Dampfer „Gymric“ 85 Mann von der Besatzung des „Stouthbert“

gerettet. Vor dem Eintreffen der „Gymric“ waren 15 Mann von der Besatzung des „Stouthbert“ in einem Boote vom Schiffe abgefahren. Das Boot kenterte und seine Insassen ertranken.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig: für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

III. Distrikt.
Freitag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Grünewald, Böttcherstr. 18.

H. T. V.
Freitagabend 8 Uhr präzise: Vorstandssitzung.

L. K. T.
Freitagabend 9 Uhr.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden zur Beerdigung unserer dahingegangenen Tochter lagen wir herzlichsten Dank.
H. Mürchau u. Frau.

1 kleine Wohnung
zum 1. April zu vermieten.
Waffenmauer 152.

Ein Logis zu vermieten
Leichstraße 8a.

Flotte Damen-Masken-Anzüge, Bierette, Polin, Mitteldeutsch usw. zu vermieten
Fleischbaurstraße 8. Flügel.

Gesucht zu sofort oder später
eine Abwaschfrau
für die Nachmittagsstunden Kethrich 16.
Gesucht zu Ostern

Schuhmacherlehrling
gen. hohe Vera. Baurenwind, Mühlenstr.

Ein Mädchen
zu sofort oder später gesucht.
Johannisstraße 52.

Zu sofort zu verkaufen oder zu vermieten ein Einfamilienhaus mit großem Garten.
Näheres
W. Schneider, Seerech.

Fortzugshalber zu verkaufen 1 Haus mit 2 Wohn-, 2 3 Zimm., Keller u. Bodenraum.
Näheres Maragarethenstr. 5.

Ein fast neuer Kinderwagen, kleines Sofa billig zu verkaufen.
Ludwigstraße 71, II.

Zu verkaufen 1 kleines Haus bei geringer Anzahlung.
Näheres Marquardstr. 19, v. 1.

Verloren.
eine goldene Damenuhr mit Namenszeichen D. Storm auf dem Wege Breitestr. (Straßenbahn) Arminstr. Abzugeben gegen gute Bezahlung Arminstraße 49.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Mariesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitachendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet.
Bei Verzögerung Rabatt.
Grobe rote haben-Marken.

Gepök. Kopf a. Bein per Pfd. 20 Pf.
Kochschinken per Pfd. 50, 40, 30 Pf.
frische Schanzen und Pösten Pfd. 20 Pf.
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.
Schlachtereie und Wurstfabrik.

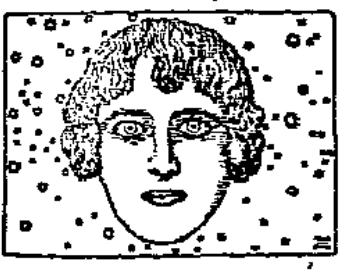
Verammlung
der weiblichen Mitglieder
des Sozialdemokratischen Vereins
am Donnerstag, 6. Februar,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Bericht des Parteisekretärs Gen. Weyers.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Die Sekretariatskommission.

Nachdem wir festgestellt haben, dass von dem Verkäufer der Sanitätsmolkerei Bliestorf — „Bliestorfer Gutsmilch von der gesunden unter Tierärztl. Kontrolle stehenden Herdbuchherde, Freiherr Frdr. Franz v. Schrader, adliges Gut Bliestorf“ bei hiesigen Holländern u. bei Verkäufern der Hansa-Meierei Milch zugekauft wurde u. dass diese Milch, ohne Aufklärung über deren anderweitige Herkunft zu geben an einen Teil der ständigen Kundschaft weiter verkauft worden ist, erheben wir gegen dieses Verfahren Widerspruch dem Publikum die Beurteilung selbst überlassend.
Genossenschaft für Milchverwertung, e. G. m. b. H., zu Lübeck.
Lübeck, d. 4. 2. 1908.

Freiwillige Frauen-Sterbekasse.
General-Versammlung
am Donnerstag, den 6. Februar, abends 8 Uhr,
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Jahre 1907. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

ULLSTEINS
WELTGESCHICHTE
Die Geschichte der Menschheit; ihre Entwicklung in Staat und Gesellschaft, in Kultur und Geistesleben,
herausgegeben unter Mitarbeit von 23 hervorragenden deutschen Gelehrten von
Prof. Dr. J. von Pflugk-Hartung
Archivrat am Königlichen Geheimen Staatsarchiv zu Berlin

Keine Weltgeschichte im alten Sinne des Wortes will dieses Werk sein, keine bloße Aufzählung von Kriegen und Schlachten, von Fürsten und Königen, von höfischen und diplomatischen Verwicklungen will es bieten. — Was es gibt, ist unendlich mehr, ist eine Darstellung des gesamten menschlichen Strebens und Wirkens nach je der Richtung hin, ist schließlich die „Geschichte der Menschheit“. — Mit dem Herausgeber Professor Dr. J. von Pflugk-Hartung haben sich die hervorragendsten Gelehrten zur Abfassung dieses monumentalen Werkes verbunden. Von der Urzeit, die der Beitrag von Ernst Haeckel veranschaulicht, bis zur unmittelbaren Gegenwart, die in Karl Lamprecht



ihren Darsteller gefunden hat, werden sämtliche Epochen der Menschheitsgeschichte von ihren berufensten Kennern geschildert. Unterstützt und veranschaulicht wird die Darstellung durch Tausende von Illustrationen, bunte und einfarbige Tafeln, Darstellungen nach zeitgenössischen Kupferstichen, Holzschnitten, Flugblättern, Karikaturen, Karten, Münzen etc. Auf diesen Bilderschmuck wurde ein ganz besonderes Gewicht gelegt. Langjährige, eifrige Arbeit in Bibliotheken, und Archiven, in Klöstern und Museen, im Inland und Ausland, hat es ermöglicht, ein Material zu veröffentlichen, wie es in einer solcher Seltenheit und Vollständigkeit noch nie geboten wurde.

Ullsteins Weltgeschichte erscheint in zwei Gruppen: „Aeltere Zeit“ und „Neuere Zeit“. Jede Gruppe ist in sich abgeschlossen und umfasst 80 Lieferungen à 60 Pfg. oder 3 Bände à 20 Mk. in dem von Prof. Franz v. Stuck entworfenen Originaleinband.
Zuerst erscheint die „Neuere Zeit“. Verlangen Sie sofort kostenlose unverbindliche Ansichtsendung der ersten Lieferung, oder nehmen Sie Einsicht in den ersten Band bei:

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zentral-Berband der Fleischer
und Berufsge nossen Deutschlands.
(Kasseler Lübeck)

Mitglieder-Versammlung
heute abend 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen erucht
Der Vorstand.

Sparklub „Hol di ran“ von 1898.
Versammlung
und Aufnahme neuer Mitglieder
wogu freundlichst einladet
Danforthstraße 13. G. Gasten.

Arbeiter-Bildungsschule
Lübeck.

Rede-Uebung
Donnerstag, den 6. Febr. ar 1908.
Thema: Der neue Mittelstand.
Referent: Redakteur J. Stelling.
Der Vorstand.

Berband der Gastwirtsgehilfen.
(Ortsverwaltung Lübeck.)
Heute Mittwoch abend 9 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Vereinslokal „Gollsteinisches Haus“,
Mariesgrube.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)
Kombinierte
Verammlung
d. Boufchloßer u. Banklempner
am Donnerstag, 6. Februar 1908,
abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zur Bauarbeiterschutzkonferenz sowie Wahl von zwei Delegierten zu derselben.
Die Ortsverwaltung.
NB. Mitgliedsbücher müssen voranzesetzt werden.

Achtung!
Zentral-Berband der Zimmerer
u. verw. Berufsge. Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, den 6. Februar,
abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Anträge zur Bauarbeiter-Schutzkonferenz und Wahl der Delegierten.
2. Unsere Lohnfrage für das Jahr 1908 und das Angebot des Arbeitgeber-Berbandes.
3. Innere Verbandsangelegenheit.
Der wichtigen Tagesordnung halber müssen sämtliche Mitglieder erscheinen
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein
Nordstern
Kücknitz u. Umgeg.

Gr. Masken-Ball
am Sonntag, den 16. Februar,
im Lokale des Herrn W. Dieckelmann,
Kücknitz.
Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ende 2 Uhr.
Herrenmasken 1 Mt. Nichtmaskierte Tänzer 1.50 Mt. Zuschauer 1 Mt. Damenmasken 50 Pfg. Nichtmaskierte 70 Pfg. Zuschauer 50 Pfg.
Maskenanzüge sind im Lokale des Herrn Dieckelmann zu haben. Das Komitee.

Hansa-Theater
Nur diese Woche.
Gastspiel der berühmten, aus 18 Personen bestehenden amerikanischen Bantomimen-Troupe The Reed-Pinand-Company.
Ein Abend in einem amerikanischen Singeltanzel.
Diese Troupe hat in Hamburg (Hansa-Theater) ausverkauft Häuser erlebt. Ueberall war sie Tagesgespräch!
Dazu: Neues Künstler-Personal. Trotz der großen Kosten, womit das Gastspiel verbunden ist, sind die Eintrittspreise nicht erhöht. Vorverk. bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.
(Broschjortum)
Direktion: L. Florkowski.
Donnerstag: Keine Vorstellung.
Freitag, den 7. Februar. 8 Uhr.
93. Abonn.-Vorst. 19. Freitag-Abonn.
Der Hypochonder.
Schwan in 4 Akten von Moser.
Sonntag, 7 1/2 Uhr: Jeder Bl. 50 Pfg.
Othello, der Mohr v. Venedig.
Sonntag 4 Uhr: Prinzessin Luspane.
Sonntag 7 Uhr: Doppelverleumdung.
Das Glorien des Gremien.
Hierauf: Doktor Klaus.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 30.

Mittwoch, den 5. Februar 1908.

15. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 4. Februar 1908.

94. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kommissare.

Die zweite Lesung des Militäretats wird fortgesetzt.

Dr. Mugdan (FVp.) wünscht Vereinfachung und Ersparnisse beim Militäretat, da man beim Kolonial- und Marineetat ja nichts sparen könne, und fragt an, ob wir doch nicht etwas zu viel Kavallerie haben. Redner wendet sich unter Beifall der Rechten gegen das Militärsystem und unter Beifall des Freisinnigen gegen die Zurücksetzung südländischer Einjähriger sowie der Einjährigen, die Subalternbeamte sind. So etwas verträgt sich nicht mit der allgemeinen Wehrpflicht.

v. Liebert (Kv.): Die Sozialdemokraten haben gestern ihr wahres Gesicht gezeigt, als sie bei den Worten des Präsidenten über den furchtbaren Königsmord in Lissabon den Saal verließen. Die Volkseele wendet sich mit Entrüstung von ihnen ab. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Beifall b. dem Block. — Redner wünscht Besserstellung der Militäranwärter.

Liebermann v. Sonnenberg (Wg.) wünscht weite Sparankunft ohne unweife Abträge, graue Felduniformen, Unterlassen der Angriffe auf Generale a. D. in der Blockpresse, freies Buzzeug und Unterstützung der Veteranen, damit sie nicht mit der Dage ihr Brot sich zu verdienen brauchen. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie würde sehr teuer werden. Die Pauerinfanterie dienen gern drei Jahre bei der Kavallerie. Redner konstatiert ausdramatisch, daß der 30jährige Krieg nicht absichtlich 80 Jahre geführt worden ist, bezeichnet die französischen Revolutionsheere als „Bande“, schilt auf Kobespierre und hebt die Vorzüge der preussischen Schulleute vor den portugiesischen hervor und schließt mit einem Nachruf auf den ersten Bismarck. (Bravo! rechts.)

Schrader (FVg.) bespricht eingehend den Fall Gädde und erwähnt, daß man den Oberst Gädde u. a. deshalb vor das Ehrengericht gezogen habe, weil er zu den von Lilly Braun herausgegebenen Briefen ihres Vaters, des Generals v. Kretschmann, ein Wortort geschrieben. Redner wendet sich gegen den Dualismus in der Heeresverwaltung und gegen die Stellung des unerantwortlichen Militärkabinetts neben dem verantwortlichen Kriegsminister.

General Sigt v. Armin: Das deutsche Offizierkorps kann nicht Leute in seiner Mitte dulden, die Ansichten haben, wie Herr Gädde. (Die Rechte unter O l b e n u r a s Führung bricht in Beifallsgeheul aus.) Das Militärfabinet ist die Kanzlei Sr. Majestät in Kommandosachen. (Donnerndes Bravo! rechts.) In der Armee darf nur ein Wille und ein Befehl herrschen. (Brüllender Beifall rechts.) Wir lassen nicht an dem Wesen unseres Heeres rütteln. (Tosender demonstrativer Beifall rechts.) Nur der Sozialdemokrat kann das Untergraben dieser Säule unseres Staatswesens zugute kommen. (Lautes Lachen und Hu! hu! hu! Rufe b. d. Soz.) Der preussische Kriegsminister müßte erst geboren werden, der seine Hand dazu bieten würde, an der Kommandogewalt Sr. Majestät zu rütteln. (Minutenlanges, lärmendes Beifall rechts.) Redner feiert die Kavallerie-Attanten im Manöver, behauptet, daß Juden und Subalternbeamte nicht zurückgesetzt werden und hat von einer kaltenmäßigen Abschließung des Offizierkorps nichts, aber auch rein gar nichts bemerkt. (Anhaltendes Lachen links, erneuter demonstrativer Beifall rechts.)

Erzberger (Z.) verlangt Freifahrt der Urlauber und betont, daß die Gemeinden noch lange auf eine Soldderhöhung werden warten können, falls man die Besätze der Offiziere und Militärbeamten erhöht, ohne gleichzeitig eine Erhöhung der Mannschafslöhne vorzunehmen. Redner führt Klage darüber, daß Offizierkorps und Kriegervereine gegen das Zentrum mobil gemacht werden.

Cladow (FVp.) bekämpft unter Beifall der Rechten die sozialdemokratischen Resolutionen und feiert, ebenfalls

unter Beifall der Rechten die konservativ-liberale Paarung, die sich so schön in der gleichen Resolution offenbare, die konservativ und freisinnige zugunsten der Urlauber gestellt haben.

Moske (SD.): Herr Liebert hat uns angegriffen, weil wir dem König von Portugal nicht nachtrauern. Wir sind grundsätzliche Gegner jeder Art von Mord, also auch der Attentate. Die rechte Seite aber, die verschiedentlich für das Schießen auf das Volk eingetreten ist, sollte sich nicht darüber entrüsten, wenn ein geknechtetes Volk einmal nach der andern Seite schießt. (Sehr gut! bei den Soziald.) Wir sprechen unter wärmstem Mitgefühl dem portugiesischen Volke aus. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gewundert hat es mich nur, daß Herr Liebert die deutsche Sozialdemokratie nicht auch für das Lissaboner Attentat verantwortlich gemacht hat, wie im vorigen Jahre für die Soldatenmishandlungen. (Beifall b. d. Soz.) Allerdings wird die Sachverhältnisse Qualität des Herrn v. Liebert allmählich auch in den weitesten Kreisen richtig, nämlich sehr niedrig bewertet. — Herr v. Byern sprach sich für Sparankunft aus. Sehr gut. Beginne man das Sparankunft bei den unerhört hohen Reisediäten der hohen Offiziere. Ich will hierbei bemerken, daß es wenige Offiziere gibt, die nicht diese oder jene Stellenzulage beziehen. Darum ist es auch so schwer über die wirkliche Höhe der Offiziersgehälter ins Klare zu kommen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Der Resolution auf Freifahrt für die Urlauber stimmen wir natürlich zu. — Der Kriegsminister hat im vorigen Jahre die Einschränkung des Boykottsystems in Aussicht gestellt. GeSPIrt haben wir von solchen Einschränkungen noch nichts. Es wird munter weiter boykottiert. Boykottiert werden Gaitwirtschaften, wo sozialdemokratische Versammlungen abgehalten, Restaurants, in denen sozialdemokratische Zeitungen ausliegen, Geschäftsleute, die in sozialdemokratischen Blättern annonciieren; boykottiert werden natürlich auch die Volkshäuser, so z. B. das Volkshaus in Birna, das aber trotzdem während der Wanderverzeit eine so reichliche Soldateneinquartierung erhielt, daß es fast einer Kaserne gleich. (Gr. Pitt. b. d. Soz.) In Straßburg hat ein Unteroffizier sich sogar herausnehmen wollen, den Zigarrenladen unseres Genossen Böhle und die darunter liegenden Räumlichkeiten nach Soldaten abzusuchen. Am sparsamsten in der Boykottverhängung ist die württembergische Militärverwaltung, die meines Wissens in großen Städten überhaupt kein Lokal boykottiert. — Der Kriegsminister hat in der Kommission behauptet, daß die Offiziere des Beurlobtenstandes sich nach Belieben politisch betätigen dürfen. Die Behauptung widerstreitet der Wirklichkeit. Ein Reserveoffizier hat sogar den Abschied nehmen müssen, weil er aus der Landeskirche ausgetreten ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) In Flottentreiberei a la Reim und in Sozialistenfresserei a la Liebert können sich allerdings die Offiziere des Beurlobtenstandes nach Herzenslust betätigen. Eine widerwärtige Gesinnungsschnüffelerei wird auch gegen Unteroffiziere und Gemeine der Reserve praktiziert, Gendarme ipionieren aus, welche Versammlungen Soldaten des Beurlobtenstandes besuchen, und sächsische Amtshauptmannschaften geben solche Denunziationen weiter. Die sächsische Zivilbehörde scheint ohne Zweifel anzunehmen, daß die Entscheidung über die Befreiung von einer militärischen Übung davon abhängig zu machen sei, ob jemand Sozialdemokrat ist. (Hört, hört! bei den Soz.) — Die Zahl der bestraften Soldatenmishandlungen hat sich vermehrt. Unfraglich haben die oberen Kommandostellen das ernste Bestreben, den Soldatenmishandlungen entgegenzutreten, aber die Leute wagen oft nicht, von ihrem Beschwerderecht Gebrauch zu machen. Das hat in der Kommission sogar ein Mitglied der Rechten zugegeben. (Hört, hört! bei den Soz.) Große Aufmerksamkeit verdient auch die Überanforderung bei Marschleistungen, die oft von den verderblichsten Folgen für die Gesundheit der Soldaten begleitet ist. Die Klagen der Zivilmilitär über die Konkurrenz der Militärmuster wollen noch immer nicht verstummen. — Die Reform des Beschwerderechts ist hier im Reichstag oft gefordert worden. Aber die bürgerlichen Parteien verstehen es nicht, ihren bescheidenen Wünschen Nachdruck zu verleihen. — Wir haben es nicht nötig gehabt, in der Frage des Militärstrafrechts uns von den freisinnigen inspirieren zu lassen, wie Graf Oriola meinte. Umgekehrt

haben sich oft genug die bürgerlichen Parteien von uns anregen lassen und akzeptiert, was sie früher mit Hohn und Spott abgewiesen haben. Eine Reform des Militärstrafgesetzbuches ist dringend notwendig. Das Militärstrafgesetzbuch atmet noch immer den drakonischen Geist jener Bestimmungen, mit denen man einstmal die Söldnerheere zusammenhielt. Heute aber kommt es nicht darauf an, die Soldaten mit Furcht zu erfüllen, sondern ihnen Begeisterung einzubringen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Begeisterung für das Vaterland wird sich aber nur erzeugen lassen, wenn die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gute oder doch befriedigende sind. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Graf Oriola sprach von der Gefährdung der Disziplin. Selbstredend erkennen wir die Notwendigkeit der Disziplin an. (Hört, hört! rechts.) Die Unterordnung unter Vorgesetzte sollte aber durch ethische Motive bewirkt werden. (Zuruf rechts: Ja, wenn es keine Sozialdemokraten gäbe!) Die Zahl der bestraften Sozialdemokraten ist gering, als die Zahl der bestraften anderen Leute. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Im Militärstrafgesetzbuch stehen Bestimmungen, die in schreiendem Widerspruch zu dem modernen Rechtsempfinden stehen. Ich finde es unerhört, daß ein Soldat ohne jeden Richterspruch und ohne jedes Verfahren bestraft werden kann. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ohne Richterspruch kann ein Soldat bis zu 14 Tage ins Loch gesteckt werden. Er hat das Beschwerderecht, aber erst muß er die Strafe abtun. Es ist nicht wahr, daß wir ein Volkshaus haben. Wir haben in Wirklichkeit ein Heer aus 2 Klassen. (Abg. Kreth: Die erste und zweite Klasse des Soldatenstandes! — Fohlen rechts.) Die außerordentliche Milde der Bestimmungen gegen Offiziere steht im schreienden Widerspruch zu den drakonischen Bestimmungen gegen die Gemeinen. Selbst das Offiziersblatt hat zugegeben, daß hier Milderungen und Änderungen geboten sind. Auch die Strafe gegen den Grafen Ljnar ist außerordentlich milde, verglichen mit den Strafen gegenüber Soldaten, die sich gegen Vorgesetzte vergehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Und man vergleiche die Zärtlichkeit, mit der man den Grafen Ljnar während der Verhandlungen angefaßt hat, mit den harten Bestimmungen die für unterdrückungsgefängene Soldaten gelten. Es ist die Aufgabe der Volkvertretung, für Beseitigung dieser krassen Ungerechtigkeiten zu sorgen. (Bravo! b. d. Soz.) Die Öffentlichkeit der Militärgerichtsverhandlungen ist vom Reichstag als Regel beschlossen worden. Was aber sehen wir? Wo immer gegen Offiziere verhandelt wird, da wird durch allerlei Kniffe dafür gesorgt, daß der Termin der Verhandlungen unbekannt bleibt. Unsere Resolution auf sofortige Erhöhung der Mannschafslöhne wird mit dem Hinweis auf unsere in der Tat sehr unglückliche Finanzlage bekämpft. Aber die Beamtengehälter, die Offiziersgehälter, werden trotz der schlechten Finanzlage erhöht; und das Loch im Reichsäckel hat die Mehrheit nicht abgehalten, der Flottenvorlage zuzustimmen. Graf Oriola warf uns vor, daß wir nicht für Deckung sorgen und keine indirekten Steuern bewilligen wollen. Aber in Steuerfragen wird es doch sogar den freisinnigen Blockbrüdern gestattet, an ihren Grundlügen (Weiterheit b. d. Soz.) festzuhalten. Vernünftige direkte Steuern zu bewilligen sind wir gern bereit. Unsere Anträge auf Verkürzung der Dienstzeit bekämpft man fortwährend mit Sachverständigen-Urteilen. Aber die Meinungen der Sachverständigen sind sehr geteilt. Lord Roberts, der doch wohl auch etwas von militärischen Dingen versteht, hat sich durchaus günstig über das Militärsystem ausgesprochen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Niemals ist es Rebel oder sonst einem von uns eingefallen, die Leute einfach von der Strafe weg in Uniform zu stecken. Ganz im Gegenteil sind wir stets für militärische Ausbildung der Jugend eingetreten. Die Rechnungen, die man über die angeblichen Mehrkosten der Miliz aufgemacht hat, sind durchaus falsch. Wenn die Leute, die heute in Kavernen eingesperrt sind, produktiv arbeiten würden, so wäre eine gewaltige Vermehrung des Volkswohlstandes die Folge. Fortwährend schwollt der Militäretat an. Sein Plus gegenüber dem Vorjahre beträgt wieder 55 Millionen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Dreieckswort Militär, Marine und Kolonien ziehen den Finanzkassen des Reiches in den Sumpf. Die Budgetkommission streicht nur Lapalien und bewilligt die Kistenkosten. Immer stärker wird die Schraube ange-

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(16. Fortsetzung.)

Wiederum waren einige Wochen vergangen, ehe der Kanzler nach London zurückkehrte. — Er hatte neuen Mut gefaßt, denn überall waren seine Befehle Donnerworte geworden, und alle Beamten, wie jeder, der von ihm zu fürchten hatte — und wer fürchtete ihn nicht! beiläufig sich eifrig und untertänig zu sein.

Er fuhr sogleich nach Whitehall, um dem Könige zu melden, wie er das Land gefunden habe.

In dem Vorsaale wimmelte es von Höflingen, Geschäftsleuten und Audienzsuchenden, die sich vor dem mächtigen Lord bis auf die Schuhspitzen beugten. Jeffreys lächelte und nickte in frohgelaunter Weise, machte hier einen derben Witz, sagte dort ein paar Worte, die eine allgemeine Lustigkeit erregten; plötzlich aber wurden ihm die inneren Türen aufgetan, und er trat in das königliche Toilettenzimmer, wo Jakob unter den Händen seiner Kammerdiener rasirt und frisiert wurde, während ein Kreis von vertrauten Günstlingen ihn zu unterhalten strebte.

„Nun, Jeffreys,“ rief der König, „was bringt Ihr neues zurück?“

„Gott erhalte Ew. Majestät!“ erwiderte der Kanzler, „ich bringe, wie ich denke, die beste Nachricht. — Überall fand ich den Namen des Königs geehrt, den Lord-Kanzler wie einen Vater geliebt und Ruhe und Ordnung, die vom Gehorsam nicht zu trennen sind, im reichsten Maße.“

„Ihr seid der wahre Genius des Gehorsams,“ sagte der König spottend.

„Die weisen Gesetze Ew. Majestät und die Kraft der Regierung haben mich dazu gemacht,“ erwiderte Jeffreys. „Es ist eine Lust zu sehen, wie Liebe sich mit Furcht paart. — Die Milizen kommen mit dem Ruf: Es lebe der König! und wo einer nicht gehörig Vivat schrie, daß ich es auf eine Weise hören konnte, war er sicher, Prügel zu bekommen. Jeder ist der Würde des anderen, das teure Vaterland ist so ruhig und gesegnet gewesen, alle sind voll Begeisterung für die gute Sache und das Recht Ew. Majestät, und wehe dem Feinde, der es wagen wollte, diesen Sinn der Ordnung und Gehorsam zu stören.“

„Wir werden ihn zu sichern suchen,“ sprach Jakob —

„und was irgend schieß ist, gerade rücken,“ fügte er hinzu, indem er seiner Berücke einen kleinen Stoß gab.

Die Hofleute lachten, der König lachte auch. „Was spricht man von den holländischen Küstungen?“ fragte er.

„Majestät“ sagte Jeffreys, „wenn die Käschändler aus Amsterdäm wirklich kämen, so würde ihnen englisches Salz eingerieben werden; leider aber sind die Wghneers zu kluge Leute, an denen nichts gefalzen ist, wie ihre Heringe!“

Ein allgemeines Gelächter brach los, und selbst der König hielt nicht an sich. — Eine ganze Reihe von Spöttereien, oft von der drittesten Art, wurden auf die Holländer ausgehüttet und folgten Jakob's Ohr.

„Von Verrätern also habt Ihr nichts gehört, Mylord?“ fragte er endlich. — „Man hat uns gesagt, daß zahllose Briefe verbreitet sind, die Aufkühr predigen und heimlich übers Meer geschickt werden. Sogar aus unseren Umgebungen sollen dergleichen Briefe fortgeschickt sein. — Was meint Ihr dazu, Lord Sunderland?“

Der Staatssekretär stand hinter dem Stuhle des Königs, der in den Spiegel sah, den der Kammerdiener ihm vorhielt. Er konnte jeden Zug im Gesichte des Lords erkennen.

„Ich halte eine solche Nichtswürdigkeit für unmöglich!“ erwiderte Sunderland.

„Aber wenn es nun doch der Fall wäre?“ fragte Jakob weiter, indem er sich eifrig mit seiner Toilette beschäftigte.

„Dann müßte ich wirklich keine Strafe, die einen so niederrächtigen Verrat gebührend lohnen müßte,“ rief der Lord.

„Gebt doch den Brief her, Sir Edward Petre,“ fuhr der König fort, noch immer in den Spiegel schauend, „der dort auf meinem Tische liegt. Gebt ihn dem Lord. Der Brief ist aufgefangen worden, vielleicht kennt er die Handschrift.“

Der Vater Petre nahm ein Schreiben aus dem Fach des Tisches, wohn der König deutete, und reichte es Sunderland hin. — Der folge Lord warf einen Blick darauf, und sein Gesicht wurde bleich wie Wachs.

„Nun was sagt Ihr, Mylord?“ fragte der König sich umwendend, und seine Augen nahmen den furchtbaren Ausdruck an, obwohl er noch immer lächelte. „Ist es nicht

eine Schurkerei ohnegleichen oder eine Narrheit oder ein Wahnsinn, der in Bedlam gebüßt werden muß? Kennt Ihr die Handschrift?“

„Ich erkenne sie,“ erwiderte Sunderland in ruhigem Tone, während seine Lippen zitterten; „nie aber ist eine höllischere Lüge erfunden worden.“

Der König winkte den Umstehenden, und nach einigen Minuten war das Zimmer leer. — Er stand auf, trat dicht vor den Staatssekretär und sagte mit finsterner Miene: „Dieser Brief ist von der Hand Eurer Frau, Mylord Sunderland. Er ist an den Prinzen Statthaber gerichtet und voller Vereuerungen Eurer Anhänglichkeit an der gerechten Sache des Mannes, von welchem England seine Befreiung unter Segenswünschen erwartet. — Sprecht!“ rief er mit ausbrechender Heftigkeit, „verteidigt Euch gegen diesen niederrächtigen Verrat.“

„Majestät,“ sagte Sunderland völlig gefaßt, indem er sich mit der Würde der Tugend aufrichtete, „in diesem Falle kann ich mich nicht verteidigen, denn es ist nicht möglich, daß mein gnädiger Herr daran glauben könnte. — Alles, was ich bin, bin ich durch meines Königs Gnade; alles, was ich beße, habe ich durch ihn. Ich bin mit Schätzen überhäuft worden, ich beße Ihr volles Vertrauen, ich bin der erste Rat der Krone; Ew. ich wäre nicht wert, daß mich die Erde trüge, nicht wert, daß der Denker mit mein elendes Leben nähme, wenn ich einen so treulosen, meineidigen, namenlosen Verrat begehen könnte.“

Seine Stimme zitterte vor Aufregung und seine Augen füllten sich mit Tränen. Der König wurde sichtlich gerührt und ungewiß. „Es ist aber die Handschrift Eurer Frau,“ sagte er.

„Können Handschriften nicht nachgeahmt werden?“ fragte der Lord. „Dabe ich nicht Feinde, denen jede Schandtat recht ist, wenn sie mich verderben können? — Sie bedenken Sie, ob ich diesen Verrat begehen kann, ohne mich vor Mit- und Nachwelt zu brandmarken. Ich, der ich Ihnen so nahe stehe, der ich alles getan habe, um meines Königs Gnade zu gewinnen, in dem die Feinde Ihres Thrones denjenigen erblicken, der Ihre ausführende Hand ist, Gott, der Allmächtige, der die Herzen kennt, steht in das meine. Müge seine Rache mich verzehren, seine Strafe mich treffen, möge er alle Schalen seines Zorns und alle Leiden und Blagen über mich ausgießen, wenn er eine Lüge findet!“

dreht. (Die Militärbesoldungsbefugten führen den Redner durch laute Privatgespräche.) Ich bitte (zum Bundesrats-Vorsitz wendend) die Herren Militärbesoldungsbefugten sich etwas weniger laut zu unterhalten. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)
Wir haben, ich wiederhole es, kein Volksherr. Die Scheidung zwischen Soldaten und Offizieren ist strenger als zwischen Arbeitern und Bourgeois. Das preussische Heer ist ein getrenntes Spiegelbild des preussischen Staates mit seiner kleinen allmächtigen Fünfterkaste. (Sturm. Beifall b. d. Soz.)
Ein Abg. der Rechten näselte demonstrativ: Ah, ah! ist ja brillant! — Sturm. Stt. links.) Ein Arbeiter kann mal Millionär werden, ein Gemeiner aber nie Offizier. Der Mann aus dem Volke kann es nicht über den Feldweibel hinausbringen. Das sogenannte Volksherr besteht aus bewaffneten Untertanen über die die Junker kommandieren. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Das Bürgertum opponiert nicht mehr. Es quillt nicht einmal mehr, wenn es an die Wand gedrückt wird. (Gr. Stt. b. d. Soz.) — Die Freisinnigen haben sämtlich den Saal verlassen, um im stillen Fraktionskammerlein das Regergeschick über Barth und Gerlach abzuhalten.) Das Unteroffizierkorps eifert in der Abkündigung dem Offizierkorps nach; in Dresden ist ein Gemeiner vor das Militärgericht geladen worden, weil er das entehrende Vergehen begangen haben soll, einem Unteroffizier zuzuprosten. (Große Heiterkeit und Lächeln bei den Sozialdemokraten.) Herr Schrader sprach gegen das Militärkabinett, aber in den sanftesten Tönen. Das half aber alles nichts; General Eitz v. Arnim antwortete in der bestmöglichen Weise auf den sanften Tadel. Dabei ist das Militärkabinett noch viel bedeutsamer, viel gefährlicher, als Herr Schrader meint. Es ist geradezu ein zweites Kriegsministerium. Die Freisinnigen freilich werden nicht den Mut finden, etwa die Streichung des Gehalts des Chefs des Militärkabinetts zu beantragen. Ich bedaure, daß die freisinnigen Bänke leer sind. (Große Heiterkeit. Zurufe: Die Freisinnigen haben Wichtigeres zu tun, sie schmeißen Barth raus! — Erneute Heiterkeit.) Das Bürgertum hat seine trotz aller Blockbrüder noch vorhandene Abneigung gegen das Junkertum aus bläßer Furcht vor der Arbeiterkraft zurückgestellt. Kein Wort in von bürgerlicher Seite gegen die Konstituierung der Truppen am 12. Januar gesagt worden. Die Freisinnigen haben sich zu konservativen Aufschauungen befehrt. (Der Zwischenruf der Rechten tönt wieder: ah! sehr vernünftig!) Der Freisinn, dessen Vorhaben die 48er Revolution mitmachte, billigt also, daß auf Wehrlose geschossen wird; er billigt gegen Volksgenossen, was als schimpflich gegen Feinde gilt. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) So lange solche Grundzüge der Regierung und Bürgertum herrschen, werden und müssen wir den Militärkoret abtöten. (Sturm. Beifall b. d. Soz., Zischen rechts.)

Sächsl. Oberst Frhr. v. Salz und Lichtenau bestätigte ausdrücklich, daß die Termine der Kriegsgerichtshandlungen nicht rechtzeitig bekannt gemacht werden und billigt dies Verfahren.

Hierauf verlas das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.
Schluß 7 Uhr.

Soziales und Parteileben.

Die Befestigung des Koff- und Logiszwanges im Nädergewerbe ist ein Anding. So erklären die Juniorsführer in Hannover-Künden. Unter diesen Umständen ist es natürlich, wenn der Abschaffung dieses Zwanges, die im vorigen Jahre dort vor sich gehen sollte, großen Schwierigkeiten ausgesetzt war. Einige Meister fanden aber trotzdem den Mut, entgegen der Meinung ihrer Führer zu handeln, und so kann jetzt festgestellt werden, daß in 6 Werken mit 83 Stellen dieses Spinnens verschunden ist. Auch ist der Durchschnittslohn von 9 Mk. auf 10 Mk. sowie im allgemeinen der Wärmelohn auf 9 Mk. gestiegen. Es geht langsam, jedoch es geht vorwärts. Die Arbeitermeister in Hannover werden sich noch an das Länding gewöhnen müssen wie so viele andere.

Ein interessanter Konkurrenzklaukel-Prozess. Der Härdenmeister G. in einer Textilmanufaktur Augsburg sollte laut Vertrag 6000 Mark Konventionalstrafe zahlen, wenn er innerhalb zweier Jahre nach dem Austritt in Deutschland bei einer Firma der gleichen Branche eintreten sollte. Der Fall hat ein. Das dortige Landgericht hielt den Vertrag als wider die guten Sitten verstoßend, weil der Meister bei einem Gehalt von monatlich 120 Mk. wünschlich zu einer solchen Konventionalstrafe verpflichtet werden könne. Das Gericht setzte durch Urteil eine Konventionalstrafe von 500 Mk. fest und ist darüber der klagenden Firma ein Zwölftel der Kosten. Das Oberlandesgericht aber wies die Klage in allen Punkten ab und legte der Firma sämtliche Kosten aller Instanzen auf, und zwar mit der Begründung, daß, abgesehen von der hohen Summe

Bei diesem juristischen Schwur wurden des Königs Äuße mild. „Ich glaube Euch“, sagte er, „es wäre auch alles entgegengesetzt; denn Euch habe ich nur mit Liebe und Wohlwollen überhäut.“

„Majestät!“ rief Sunderland in Thränen, „mein armseliges Leben steht jeden Augenblick zu Ihren Diensten. Ich kann ertragen, daß die blinde, falsche und boshafte Menge mich fürcht, ich höre sie jeden Tag wie eine hungrige Meute mich umhertreiben, mich beschimpfen und als papistischen Hund beschimpfen; ich habe alle meine früheren Freunde verloren, meine Verwandten haben sich von mir getrennt, ein fürchterlicher Haß liegt auf mir, ich bringe nichts als meines Königs Gnade!“ Er, erhalte Sie mit diese, denn ohne sie mag ich nicht leben, stogen Sie mich nicht aus Ihrer Guld, wenn mein Herz mag in Nummer brechen soll.“

„Gut“, sagte Jakob, ihm die Hand reichend und ihm mit dem letzten Wort von Argwohn betrachtend, „ich will es verstehen; was Ihr sagt, überzeugt mich, denn kein Mensch würde mich so täuschen können. — Ich verachte nichts mehr, als die sogenannte öffentliche Meinung oder den Böbel, den man Volk nennt. Ich verachte auch die Hirngespinnne welche die Bosheit erfinden. Ich werde ihr nicht nachgeben, kein Wort! nicht ein Wort! — Alle die lächerlichen Aufschneidereien sollen mich nicht rühren. Seid ruhig, Lord Sunderland, es ist nichts. Was konnten auch Briefe nach dem Haag fruchten? Ihr habt ja hier was dargelegt, daß aller Karm um Seidenblafen gemacht wird.“

Hier sah sich der König um, denn die Tür wurde geöffnet, und einer der drastierenden Edelknechte trat herein und meldete den französischen Gesandten. — Jakobs Gesicht verfinsterte sich. „Er mag kommen“, sagte er — „hoffentlich bin ich bald von ihm erlöst.“ sagte er leiser hinzu. Barillon trat herein, und ohne die Regeln der Etikette zu befolgen, eilte er auf den König zu.

„Majestät“, sagte er, „ich erhalte hier soeben eine Depesche aus dem Haag.“

„Was gibt es dort wieder?“ fragte der König spöttisch.

„Das Herz eingeschickt?“

„Lein Sie, Eure“, sagte der Gesandte. „Alle unsere Absichten haben sich erfüllt.“

Der König las das Papier auf und las. Die Augen der Anwesenden hingen an seinem Mienen, die mit jedem

der Konventionalstrafe, schon die Bestimmung allein wider die guten Sitten verstoße, die dem Meister zur Pflicht mache, innerhalb ganz Deutschland, also innerhalb seines Vaterlandes, auf zwei Jahre keine Stellung in seinem Beruf mehr anzunehmen. Dem besagten Meister wurde geglaubt, daß er den ihm im Laufe des Arbeitsverhältnisses vorgelegte Vertrag nur deshalb unterschrieben habe, um die bereits seit Jahren bekleidete Stellung nicht zu verlieren.

Das Ende der lokalen Gewerkschaften. Der „Vorwärts“ schreibt in einer Polemik gegen die „Einigkeit“ u. a.: „Was wir am Dienstag über „Das Ende der Lokalorganisationen“ sagten, hat sich in der weiteren Entwicklung als in der Hauptsache völlig richtig erwiesen. Dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Verband“ stürzt das Haus über dem Kopf zusammen. Der Redakteur Schönberr des „Deutschen Metallarbeiter“ und der Kassierer Wiesner sind von dem Vorsitzenden kurzerhand ihrer Posten entbunden worden und die größte der bei der „Freien Vereinigung“ verbliebenen Organisationen ist einfach zerstört. Wahrscheinlich werden die etwa 2000 Berliner Arbeiter sich als selbständiger Verein organisieren, dann bleiben von den bisher 3000 Metallarbeitern noch 500 in Berlin domizilierende und 500 in ganz Deutschland verstreute als Mitglieder der Freien Vereinigung übrig. Die Last, die Kosten für die anarcho-sozialistischen und sozialistischen Rater-Ideen zu tragen, fällt dann völlig auf die 600 Mann starken Köpfe. Denn die zerstörte Metallarbeiterorganisation ist leistungsunfähig. Müßte diese doch selbst zur Zeit ihrer Blüte gemahnt werden, den noch schuldigen Rest von über 10000 Mk. an Unterstützungsbeiträgen für die ausgesperrten Berliner Bauarbeiter zu zahlen. Nur derselben Höhe finanzieller Leistungsfähigkeit stehen die anderen Mitglieder- und Vermögens- („freien“) Vereinigungen. Die 20 Mann starken Dachdecker in Bernigrode bekundeten ihre Solidarität durch Nichtzahlung von 110 Mk., die ebenso „starke“ Fabrikarbeiter in Düsseldorf machten es genau so. Die 50 Mann starke „Föderation der Arbeit“ in Köln zog aus ihrer größeren Stärke auch die höhere Berechtigung, 344 Mk. schuldig zu bleiben. Die 100 Berliner Taximeterer mußten sich um 500 Mark mahnen lassen; die 500 Tischler, in ganz Deutschland natürlich, um fünfmal so viel, um 2500 Mk. Statt 4000 Mk., wozu sie verpflichtet waren, langte ihre laut betonte Solidarität nur zu 142 Mk. Die 400 Weber am Niederheide machten sogar ebensoviel Schulden wie die 500 Tischler. Die 500 Berliner Konsumenten zahlten statt der schuldigen 4000 Mark (sage und schreie einhundert!) Die Solidarität der Mannheimer Vereinigung sämtlicher Arbeiter und der Gewerkschaften Münchens war gleich Null — sie zahlten gar nichts! Statt insgesamt 7278 Mk. zahlten alle Organisationen nur 4074,15 Mk. Und das in einem Kamme wie dem der Berliner Bauarbeiter! Ihre volle Pflicht erfüllten nur die 600 Köpfe und die 60 Berliner Zünftler. Das sind die Mannschaften, die den jetzigen Bestand der „Freien Vereinigung“ bilden. Haben wir zuviel gesagt, wenn wir unter diesen Umständen vom „Ende der Lokalorganisationen“ sprachen?“

Der Gasarbeiterstreik in Halle a. S. dauert fort. Die Polizei leidet bei diesem Streik ihr möglichstes an Unparteilichkeit. In einer Versammlung teilte die Streikleitung mit, daß die Polizei die Frauen der Streikenden beachtet und ihren Schutz anbietet, im Falle die Männer arbeitswillig werden wollten. Ein Polizist war so lebenswütig, der Frau eines Streikenden die Verhaltungsmöglichkeit für Arbeitswillige in das Notizbuch ihres Mannes einzutragen. Das Buch mit dem gediegenen Deutsch der Polizisten liegt bei der Streikleitung aus.

Bei dem großen Gefängnisbau in Mischach (Oberbayern) sind sämtliche Parkettbodenleger in den Ausstand getreten. Ursache: der Staat hatte die Arbeiten einem billigen Jakob übertragen, der nun nicht auf seine Rechnung kommt und den Arbeitern die Löhne ganz bedeutend kürzte.

Im Kampf ums Koalitionsrecht. Die Stuttgarter Straßenbahndirektion magregelte mehrere Straßenbahner, weil sie dem Transportarbeiterverband angehören.

Klassenjustiz in Süddeutschland. Lediglich weil die Maurer Benzinger und Knobloch am Neubau des Neuenheimer Lehrerseminars letzten Sommer im Auftrag ihrer Kollegen der Baufirma mitteilten, daß die hier-gemeinschaftlich organisierten Maurer mit drei frisch eingestellten „Christen“ nicht weiterarbeiten würden, worauf die Schlichten entlassen wurden, verurteilte das Schöffengericht in Heidelberg Benzinger zu einem und Knobloch zu zwei Monaten Gefängnis! Ihre Verurteilung gegen dieses dramatische Urteil wurde von der Strafkammer verworfen. Streifere Klassenurteile werden auch im finstesten Preußen nicht gefällt.

Wenig anseier und totendlicher wurden. Alles Leben schien daraus zu entfliehen. Er setzte sich und starrte die Buchstaben an, seine Hand zitterte; so blieb er lange Zeit, bis er mit wilden Blicken von neuem zu lesen begann und wieder in ein Nachdenken zu verfallen schen, das niemand zu unterbrechen wagte.

„Er hat ein Manifest erlassen!“ rief er endlich aus tiefer Wut. „Er will kommen in dies zerrüttete Reich! Bischöfe und Lords haben ihn gerufen. Wo sind die Vertreter, die dies wagten? — Der Prinz von Wales, ein untergeordnetes Kind! — Ja, welche nichtswürdige Verleumdung! Und überall Tyrannen, keine Grelge, keine Gerichtshöfe; überall Unterdrückung, Raub, Auflösung! — Wer hat dies nichtswürdige Attentat geschmiedet?“

„Es ist ein Werk des Großpensionärs Fagel“, sagte Barillon, „des treuesten Anhänger des Prinzen. Die Partei des Widerstandes im Haag ist gänzlich überwunden, der Prinz im Begriff das Schiff zu besteigen. Die englischen Flüchtlinge umringen ihn und bilden besondere Schutzmann. Archibald Campbell und der milde Viscount Mordant sind an die Spitze der Freischaren gestellt. Als Ober-General des Heeres aber hat der Prinz den alten Marschall Schomberg ernannt, den besten Soldaten, den er besitzt.“

„Dann ist es Zeit“, sagte der König, und eine finstere Energie heifte seine harten Züge, „daß auch wir uns rüsten. Wir waren mit Blindheit geschlagen; Gott mag es so gewollt haben, den Sieg seiner gerechten Sache um so glänzender zu machen. — Auch meine Flotte liegt segesfertig, und meine Regimenter sind bereit; kein Engländer wird vergessen, daß Fremde in sein Vaterland einfallen. Dartmouth, Faversham, Churchill! meine treuen Generale, jetzt hat die Stunde für Euch geschlagen. Nur einen Sieg, und die Sache Gottes und des Königs hat für immer gewonnen!“ — Die Türen des Vorzalls wurden geöffnet, der König verkündete selbst den wartenden Generalen und Baronen den Inhalt der Proklamation! — Feurige Beteuerungen der Treue waren die Antwort. König Jakob fürchtete nichts! —

(Fortsetzung folgt.)

Reinliche Scheidung. Der Allgemeine städtische Turnverein in Bega (Sachsen) beschloß mit 80 gegen 27 Stimmen den Austritt aus der Deutschen Turnerschaft und den Übertritt zur Freien Turnerschaft. Der Allgemeine Turnverein ist ein alter Verein mit vielen städtischen Privilegien. In letzter Zeit machte sich eine Reaktion gegen die Treibereien der „deutschen“ Turner bemerkbar, die den Rat zu einem Feldzug gegen den Verein veranlaßten. Dieser hat nun mit dem Beschluß des Austritts aus der Deutschen Turnerschaft geendet, der angenommen wurde, obgleich die Oberpatrioten im Vereine sich alle erdenkliche Mühe gaben, die Abschwendung zu verhindern. So sehen die Früchte der Wählerereien der „deutschen“ Turner aus.

Ein neuer Hochverratsprozess. Die Staatsanwaltschaft in Tilsit hat gegen unsern Genossen Gutsbecker Hofe ein Strafverfahren wegen — Hochverrats eingeleitet. Dieses Verbrechen soll sich unser Genosse durch eine Verlesungsbrede in Tilsit am 12. Januar schuldig gemacht haben. Nach der drohigen Behauptung in der gegen ihn angelegten Strafanzeige soll er zur „Revolution“ aufgefordert haben, um mit Gewalt von Tilsit aus die preussische Staatsverfassung zu ändern. Auf seinem Gutshofe in Groß-Staatsgärten fand bereits eine Hausdurchsuchung statt; die harmlosen Notizen, die sich unser Genosse zu seinem Vortrag gemacht hatte, wurden beschlagnahmt. Es erscheint schier ungläublich, daß es wirklich zu einer öffentlichen Hauptverhandlung kommen sollte, da man selbst der preussischen Staatsanwaltschaft einigen Sinn für Komik zutrauen darf. Genosse Hofe selbst hat freilich gegen eine solche munderliche Exekution nichts einzuwenden, der er im Gegenteil mit heiterer Ruhe entgegensteht.

Aus dem Gerichtssaal.

Das letzte Duhn des Agrariers. Bittere Klagen über die „notleidende Landwirtschaft“ führte am 1. Februar in Halle der frühere Großgrundbesitzer Berthold Franke von Neußen bei Delitzsch, der wegen Gläubigerschuldung angeklagt war. Der Mann hatte bis zum Sommer vor. J. ein 200 Morgen großes Gut gehabt und war durch leichtsinnige Wirtschaft in Vermögensverfall geraten. Um die Befriedigung seiner Gläubiger zu vereiteln, verkaufte er in kurzer Zeit das ganze Inventar, Maschinen, Vieh u. c. Einen Pflug, der 48 50 Mk. wert war, verschleuderte er für 1 Mk. Als er in bewegten Worten schilderte, wie er kein Geld gehabt, Futter zu kaufen und ein Pferd und einen Bullen nach dem andern verkaufen mußte, wurde die Komödie dem Gerichtsvorstande denn doch zu bunt, der ihm dann erklärte: „Ja, müssen Sie, da wird über die notleidende Landwirtschaft geklagt; wenn Sie aber den großen Herrn spielen, immer auf der Jagd liegen und über ihre Verhältnisse hinaus leben, dann allerdings kann die Landwirtschaft nichts abwerfen.“ Geplatzt haben will der Angeklagte, aber nur „Stat“. Zuletzt hatte der Angeklagte mit 8 Kühen und 6 Pferden gearbeitet. Als aber das Gut in Zwangsverwaltung kam und die Gläubiger das Vieh in den Ställen suchten, da fanden sie auf dem großen Hofe ein einziges Subn vor. Der Angeklagte sagt, wenn er das Vieh nicht verkauft hätte, wäre es vergungert. Ein Bankier, der schließlich das Gut übernehmen mußte, ist u. a. um 11000 Mark geschädigt worden. Der Angeklagte wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Militärische Schreckensjustiz. Die Hanen Kammerer und Wolf der 5. Eskadron in Ludwigsburg wurden vom Oberkriegsgericht in Stuttgart wegen verhältnismäßig geringfügiger Vergehen zu einer Gefängnisstrafe von je 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt. 1 Monat Untersuchungshaft wurde angerechnet. Die Anklagebehörde hat nicht weniger als 5 Jahre Gefängnis beantragt.

Aus Nah und Fern.

Aus einer kleinen Garnison. Über eine Offiziersstrategie, die sich in der kleinen Garnisonstadt Dienne abspielte, hat, meldet man: Der Leumant Rossmann in Dienne hat sich in der vorletzten Nacht erschossen. Er verlaudet, stand Rossmann kurz vor einem Duell mit einem Offizier. Die Ursachen der Herausforderung zum Zweikampf sollen nicht in militärischen Gründen zu suchen sein, sondern in einer „Cheirung“.

Gewalttamer Ausbruch zweier Gefangenen. Zwei Gefangene, die im Amtsgerichtsgefängnis zu Köpenick eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hatten, gelang es Sonntag nachmittag gegen 5 Uhr unter Anwendung von Gewalt gegen den Aufseher auszubrechen und zu entkommen. Von den beiden Gefangenen ist der eine als Heizer im Maschinenraum, der andere als Koch in der Küchenabteilung des Gefängnisses beschäftigt. Als der Aufseher Bartholomäus nachmittags den Maschinenraum betrat, stürzte sich plötzlich der Heizer auf ihn und verlegte ihm mit der Eisenschuppe einen Schlag über den Kopf, sodaß der Beamte auf der Stelle zusammenbrach. Dann nahm ihm der Gefangene das Seitengewehr ab und stopfte ihm ein zusammengeballtes Taschentuch in den Mund. Im nächsten Augenblick entriß er dem am Boden liegenden Aufseher die Schlüssel zum Küchenraum und öffnete diesen. Sofort war der andere Gefangene, mit dem sich der Heizer vorher verabredet haben mußte, zur Stelle. Er holte aus seiner Tasche zwei Stricke, und mit diesen seilten die beiden Meuterer den bewußtlos am Boden liegenden Beamten. Darauf entledigten sie sich ihrer Gefangenentracht und zogen sich andere Kleider an. Woher sie sich diese verschafft haben, ist noch nicht ermittelt. Dann eilten beide zur Hintertür und öffneten sie, um bald darauf zu verschwinden.

Ein Herbergsvater erstochen. In Aschaffenburg wurde am 31. Januar abends, der 31jährige Herbergsvater „Zur Stadt Regensburg“, Peter Gufel, von dem Handwerksburschen Ludwig Freizer aus Kammer (Bezirksamt Traunstein) mit einem feiltschenden Messer erstochen. Der Täter wurde verhaftet.

Die Mülhauser Witzblätter. Die Rantion von je 10000 Mk. für die Witzblätter „Durs Esß“ und „Dr Victor“ soll noch nicht aufgebracht sein. Das Wiederercheinen der beiden Blätter sei nur dadurch ermöglicht worden, daß sie alles Politische vorläufig aus ihren Spalten herauslassen. Die liberalen Blokpolitiker und die Knäuden in Berlin, Potsdam usw. werden also fürderhin in dieser Presse Schonzeit haben — dank dem elsaß-lothringischen Preß-Ausnahmegesetz.

Bei einem Wirbelfest in der Gegend von Gasselhurst (Wißtipp) sind über 20 Personen getötet und gegen 40 verlegt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: L. H. Sch warz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Die Jagd.

Von H. O. P. P. M. Aus dem Russischen übersezt von H. M.

Trübe erwahte der Morgen. Es war noch so dunkel als ob die Nacht noch nicht vorüber wäre, als sie sich in der Höhe verbergen hielten. Die Stadt lag, wie in banger, fester Erwartung, auf dem Gipfel des Berges...

Sie erinnert sich klar, wie das alles gekommen. Sie hat die Augen zugetan und hierauf die Hand an den Mund gedrückt, als ob sie die Stadt ganz davon eintüten würde, und es sah, als ob die Starme...

Sie erinnert sich klar, wie das alles gekommen. Sie hat die Augen zugetan und hierauf die Hand an den Mund gedrückt, als ob sie die Stadt ganz davon eintüten würde...

Sie erinnert sich klar, wie das alles gekommen. Sie hat die Augen zugetan und hierauf die Hand an den Mund gedrückt, als ob sie die Stadt ganz davon eintüten würde...

Sie erinnert sich klar, wie das alles gekommen. Sie hat die Augen zugetan und hierauf die Hand an den Mund gedrückt, als ob sie die Stadt ganz davon eintüten würde...

Sie erinnert sich klar, wie das alles gekommen. Sie hat die Augen zugetan und hierauf die Hand an den Mund gedrückt, als ob sie die Stadt ganz davon eintüten würde...

Übertragbarkeit der Zuckerkrankheiten bei Affen. In letzter Zeit sind verschiedentlich Affenkrankheiten lauter geworden, nach denen, ähnlich wie bei anderen Erkrankungen, findet Zuckerkrankheit eine Übertragbarkeit bei Affen...

Erkrankung als Folge der Genickschmerzen. Die epidemische Genickschmerzkrankheit ist bekanntlich durch eine ganze Reihe von früheren Erkrankungen aus...

Humoristisches. Die Majestätsbeleidigung in Mexiko. Indirekte Majestätsbeleidigungen nach mexikanischer Vorweise. Er geht ins Kaffeehaus und bestellt sich eine Schwabe auf den Kaffee...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

Ein kleines Feuilleton. Die gefährliche Haarfarbe. Der höchste Verunreinigungsgrad hat neuerlich eine Entschädigung über die Verantwortlichkeit eines Arztes für das Verschreiben gefährlicher Arzneimittel...

